

# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 17/2023

29. September 2023

## Inhaltsverzeichnis

**Gesetz zur Änderung von Gesetzen des kommunalen Finanzausgleichs vom 20. September 2023** ..... 778

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über die Ausbildung und Prüfung der Beamtinnen und Beamten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 in der Fachrichtung Justiz mit dem fachlichen Schwerpunkt Justizvollzugsdienst (Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Justizvollzugsdienst – SächsAPO-Justiz-JVD) vom 5. September 2023 ..... 779

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der IT-Administrations-Förderverordnung vom 8. September 2023 ..... 788

Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Westlausitz“ vom 8. September 2023 ..... 789

Verordnung des Landratsamtes Erzgebirgskreis zur Änderung des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“ auf dem Gebiet der Gemeinde Raschau-Markersbach vom 9. August 2023 ..... 792

Verordnung des Landratsamtes Görlitz zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Trebendorfer Abbaufeld“ vom 25. Juli 2023 ..... 794

Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmals „Neumarker Bach“ vom 22. August 2023 ..... 796

Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmals „Auwald am Neumarker Bach“ vom 22. August 2023 ..... 804

Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Oberlausitzer Bergland“ vom 8. September 2023 ..... 812

# **Gesetz zur Änderung von Gesetzen des kommunalen Finanzausgleichs**

**Vom 20. September 2023**

Der Sächsische Landtag hat am 20. September 2023 das folgende Gesetz beschlossen:

## **Artikel 1 Änderung des Finanzausgleichsmassengesetzes 2023/2024**

§ 1 Absatz 2 des Finanzausgleichsmassengesetzes 2023/2024 vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 743) wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe „4 207 339 600 Euro“ durch die Angabe „4 340 479 600 Euro“ ersetzt.
2. Satz 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 6 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
  - b) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
  - c) Folgende Nummer 8 wird angefügt:  
„8. ein Erhöhungsbetrag aus dem Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von 133 140 000 Euro.“

## **Artikel 2 Änderung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes**

Das Sächsische Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2021 (SächsGVBl. S. 487), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezem-

ber 2022 (SächsGVBl. S. 743) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 22 Satz 2 wird die Angabe „90 000 000 Euro“ durch die Angabe „223 140 000 Euro“ ersetzt.
2. § 22a wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 7 wird das Wort „sowie“ am Ende gestrichen.
  - b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „sowie“ ersetzt.
  - c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:  
„9. Zuweisungen im Jahr 2023 in Höhe von insgesamt 133 140 000 Euro, die den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu gleichen Teilen gewährt werden.“
3. § 31 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Nummer 1 bis 6 und 8“ durch die Wörter „Nummer 1 bis 6, 8 und 9“ ersetzt.
    - bb) In Satz 4 werden die Wörter „Nummer 1 bis 8“ durch die Wörter „Nummer 1 bis 9“ ersetzt.
  - b) Nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 wird folgende Nummer 5a eingefügt:  
„5a. nach § 22a Nummer 9 am 30. November 2023,“.

## **Artikel 3 Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 20. September 2023

Der Landtagspräsident  
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident  
Michael Kretschmer

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

**Verordnung  
des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz  
und für Demokratie, Europa und Gleichstellung  
über die Ausbildung und Prüfung der Beamtinnen und Beamten  
der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1  
in der Fachrichtung Justiz mit dem fachlichen Schwerpunkt  
Justizvollzugsdienst  
(Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
Justizvollzugsdienst – SächsAPO-Justiz-JVD)**

**Vom 5. September 2023**

Auf Grund von § 30 Satz 1 und 2 Nummer 1 bis 8 in Verbindung mit Satz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), von denen § 30 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 15 Buchstabe b des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 430) und Satz 2 Nummer 8 zuletzt durch Artikel 11 Nummer 26 Buchstabe a des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, verordnet das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern:

**Inhaltsübersicht**

Teil 1  
Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich, Ziel der Ausbildung

Teil 2  
Vorbereitungsdienst

Abschnitt 1  
Einstellung in den Vorbereitungsdienst

§ 2 Einstellungsvoraussetzungen  
§ 3 Auswahl und Einstellung  
§ 4 Dienstbezeichnung

Abschnitt 2  
Gliederung des Vorbereitungsdienstes

§ 5 Ausbildungsverlauf  
§ 6 Einführung  
§ 7 Berufspraktische Ausbildung  
§ 8 Fachtheoretische Ausbildung  
§ 9 Praktische Erprobung  
§ 10 Bewertung der Leistungen und Ausbildungsnote  
§ 11 Urlaub und Unterbrechung der Ausbildung  
§ 12 Wiederholung von Abschnitten

Teil 3  
Laufbahnprüfung

Abschnitt 1  
Allgemeines

§ 13 Grundsatz  
§ 14 Prüfungsbehörde und Prüfungsorgane  
§ 15 Prüfungsausschuss  
§ 16 Prüfende  
§ 17 Aufgaben und Zuständigkeiten der Prüfungsbehörde und der Prüfungsorgane

§ 18 Weisungsunabhängigkeit  
§ 19 Bestellung der Prüfungsorgane

Abschnitt 2  
Allgemeine Vorschriften für das Prüfungsverfahren

§ 20 Ausschluss von der Teilnahme an der Prüfung  
§ 21 Prüfungsverhinderung  
§ 22 Noten  
§ 23 Nichterbringung von Prüfungsleistungen  
§ 24 Mängel des Prüfungsverfahrens  
§ 25 Hilfsmittel  
§ 26 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren  
§ 27 Prüfungsakten

Abschnitt 3  
Prüfungsverfahren

§ 28 Zulassung zur Prüfung  
§ 29 Schriftliche Prüfung  
§ 30 Bewertung der Prüfungsarbeiten  
§ 31 Ergebnis der schriftlichen Prüfung; Zulassung zur mündlichen Prüfung  
§ 32 Mündliche Prüfung  
§ 33 Bewertung der mündlichen Prüfung  
§ 34 Prüfungsgesamtnote  
§ 35 Prüfungsniederschrift  
§ 36 Zeugnis  
§ 37 Festsetzung der Platznummern  
§ 38 Wiederholung der Prüfung  
§ 39 Ergänzungsvorbereitungsdienst  
§ 40 Nachteilsausgleich

Teil 4  
Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 41 Übergangsregelungen  
§ 42 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Teil 1  
Allgemeines

§ 1  
Geltungsbereich, Ziel der Ausbildung

(1) Diese Verordnung regelt die Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst für die Laufbahn der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Justiz im Justizvollzugsdienst (Laufbahn).

(2) Der allgemeine Vollzugsdienst stellt hohe Anforderungen an Integrität, charakterliche Stabilität, Verantwort-

tungsbewusstsein, Selbstkontrolle und Zuverlässigkeit der Beamtinnen und Beamten. Ziel der Ausbildung ist es, in einem Theorie und Praxis verbindenden Ausbildungsgang Beamtinnen und Beamte heranzubilden, die nach ihrer Persönlichkeit und nach ihren Kenntnissen fähig sind, die Sicherheits-, Behandlungs- und sonstigen Aufgaben ihrer Laufbahn verantwortungsbewusst und kompetent zu erfüllen und bereit sind, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.

(3) Die Befähigung für die Laufbahn wird durch das Ableisten des Vorbereitungsdienstes und das Bestehen der Laufbahnprüfung erworben.

## **Teil 2 Vorbereitungsdienst**

### **Abschnitt 1 Einstellung in den Vorbereitungsdienst**

#### **§ 2 Einstellungsvoraussetzungen**

(1) In den Vorbereitungsdienst kann eingestellt werden, wer

1. das 18., aber noch nicht das 40. Lebensjahr vollendet hat und
2. an einem Auswahlverfahren nach § 3 Absatz 2 erfolgreich teilgenommen hat.

(2) Weitere Voraussetzung ist der Besitz eines Führerscheins, mindestens der Klasse B. Sofern diese Voraussetzung bis zur Einstellung noch nicht erfüllt ist, kann der Anwärterin oder dem Anwärter gestattet werden, den Nachweis des Besitzes des Führerscheins bis zum Ende der Ausbildung zu erbringen. Solange der Nachweis nicht erbracht ist, soll eine Einstellung in ein Beamtenverhältnis auf Probe nicht erfolgen. Hierauf ist die Anwärterin oder der Anwärter bei der Einstellung hinzuweisen.

(3) Absatz 1 Nummer 1 gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins gemäß § 9 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2009 (BGBl. I S. 3054), das zuletzt durch Artikel 90 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und in den Fällen des § 7 Absatz 6 des Soldatenversorgungsgesetzes.

#### **§ 3 Auswahl und Einstellung**

(1) Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung bestimmt die Justizvollzugsanstalten, bei denen Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet werden (Ausbildungsanstalten). Die Ausbildungsanstalten sind auch Einstellungsbehörden für die jeweiligen Anwärterinnen und Anwärter.

(2) Das Ausbildungszentrum Bobritzsch führt ein Verfahren zur Ermittlung geeigneter Bewerberinnen und Bewerber durch, soweit diese Aufgabe nicht den Auswahlausschüssen nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Sächsischen Staatsministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen sowie für Soziales und Verbraucherschutz, dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag e.V., dem Sächsischen Landkreistag e.V., der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland, dem Kommunalen Sozialverband Sachsen sowie der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszent-

rum zur Regelung des zentralen Auswahlverfahrens für die zweite Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 und die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 vom 12. Oktober 2018 (SächsABl. 2019 S. 888) übertragen ist. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die persönliche Kompetenz und charakterliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber und auf deren Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelegt.

(3) Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung entscheidet nach Abschluss des Verfahrens nach Absatz 2, welche Bewerberinnen und Bewerber von welcher Ausbildungsanstalt eingestellt werden.

## **§ 4 Dienstbezeichnung**

Die zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufenen Bewerberinnen und Bewerber (Anwärterinnen und Anwärter) führen die Dienstbezeichnung „Obersekretärin/anwärterin im Justizvollzugsdienst“ oder „Obersekretär/anwärter im Justizvollzugsdienst“.

### **Abschnitt 2 Gliederung des Vorbereitungsdienstes**

#### **§ 5 Ausbildungsverlauf**

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert zwei Jahre und beginnt regelmäßig am 1. September. Er umfasst die Ausbildungsabschnitte:

1. Einführung,
2. berufspraktische Ausbildung,
3. fachtheoretische Ausbildung und
4. praktische Erprobung.

Die fachtheoretische Ausbildung dauert regelmäßig sieben Monate.

(2) Die berufspraktische Ausbildung besteht aus zwei Abschnitten und die fachtheoretische Ausbildung besteht aus drei Abschnitten, die jeweils inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmt sind und aufeinander aufbauen. Die Abschnitte der berufspraktischen und fachtheoretischen Ausbildung wechseln einander ab. Der dritte Abschnitt der fachtheoretischen Ausbildung dient in erster Linie der Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung.

(3) Inhalt, Umfang und Gliederung der fachtheoretischen und berufspraktischen Ausbildungsabschnitte bestimmt jeweils ein Rahmenstoffplan. Der Rahmenstoffplan für die fachtheoretische Ausbildung wird vom Ausbildungszentrum Bobritzsch im Benehmen mit den Ausbildungsanstalten erstellt und fortgeschrieben und bedarf der Genehmigung durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Der Rahmenstoffplan für die berufspraktische Ausbildung wird durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung im Benehmen mit den Ausbildungsanstalten erstellt und fortgeschrieben.

(4) Auf den Vorbereitungsdienst können Zeiten einer beruflichen Tätigkeit im Justizvollzugsdienst, die geeignet ist, die für die Laufbahn erforderlichen Fähigkeiten zu vermitteln, bis zu einer Dauer von vier Monaten angerechnet werden. Durch die Anrechnung verkürzt sich die berufspraktische Ausbildung entsprechend. Über die Anrechnung entscheidet das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

## § 6 Einführung

Die Einführung in einer Justizvollzugsanstalt soll den Anwärterinnen und Anwärtern einen Einblick in die Aufgaben und die gesellschaftliche Bedeutung des Justizvollzugs und in die Vollzugspraxis und die Begegnung mit Gefangenen vermitteln. Dabei sollen die Anwärterinnen und Anwärter den inneren Aufbau einer Justizvollzugsanstalt, die Aufgaben der Beamtinnen und Beamten ihrer Laufbahn und die Aufgaben der anderen Bediensteten kennenlernen.

## § 7 Berufspraktische Ausbildung

(1) Die berufspraktische Ausbildung soll neben der Ausbildungsanstalt in mindestens einer weiteren Justizvollzugsanstalt erfolgen. Dabei sollen die Anwärterinnen und Anwärter unterschiedliche Vollzugsformen kennenlernen.

(2) Für die berufspraktische Ausbildung ist die Leitung der Ausbildungsanstalt verantwortlich. Sie bestellt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung eine Beamtin oder einen Beamten der zweiten Einstiegsstufe der Laufbahngruppe 1 zur oder zum Ausbildungsbediensteten. Die oder der Ausbildungsbedienstete überwacht die Ausbildung und ist während der berufspraktischen Ausbildung Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Anwärterinnen und Anwärter.

(3) Der Leitung der Ausbildungsanstalt bestimmt im Benehmen mit der oder dem Ausbildungsbediensteten die Bediensteten, denen Anwärterinnen und Anwärter zur Ausbildung zugewiesen werden.

(4) Die Anwärterinnen und Anwärter sind auf der Grundlage des Rahmenstoffplanes für die berufspraktische Ausbildung mit allen Aufgaben des Justizvollzugsdienstes und den einschlägigen Vorschriften am Ausbildungsplatz vertraut zu machen. Die Bearbeitung einzelner Aufgaben wird benotet. Die Lernziele, der zu vermittelnde Lernstoff und die Notenvergabe werden durch den Rahmenstoffplan für die berufspraktische Ausbildung bestimmt.

(5) Während der berufspraktischen Ausbildung soll den Anwärterinnen und Anwärtern Gelegenheit gegeben werden, die Ausbildungsinhalte in Arbeitsgemeinschaften zu vertiefen.

## § 8 Fachtheoretische Ausbildung

(1) Die fachtheoretische Ausbildung findet am Ausbildungszentrum Bobritzsch in Form von Präsenzunterricht sowie Online – und Selbstlernseminaren statt. Für die fachtheoretische Ausbildung ist das Ausbildungszentrum Bobritzsch verantwortlich.

(2) Der Unterricht wird durch hauptamtliche Lehrkräfte und Lehrbeauftragte erteilt. Die Lehrbeauftragten werden auf Vorschlag des Ausbildungszentrums Bobritzsch durch das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung in der Regel für die Dauer von vier Jahren bestellt. Die Bestellung kann verlängert werden. Es handelt sich dabei um eine Nebentätigkeit im anerkannten dienstlichen Interesse, erforderliche Dienstreisen gelten als angeordnet. Darüber hinaus können durch die Fachbereichsleitung externe Fachleute mit der Durchführung einzelner Unterrichtsveranstaltungen beauftragt werden.

(3) Durch Arbeitsgemeinschaften, Vorträge, Übungen, insbesondere in der Gesprächsführung, und durch Rollenspiele soll der Unterricht wirklichkeitsnah gestaltet werden. Im Rahmen der Unterrichtsveranstaltungen sind auch Klausuren zu schreiben und Hausarbeiten zu fertigen. Diese werden benotet. Die Anzahl der Unterrichtsstunden, der Klausuren und der Hausarbeiten wird durch den Rahmenstoffplan für die fachtheoretische Ausbildung bestimmt. Praktika und Exkursionen vertiefen die Ausbildung.

(4) Der Stundenplan wird durch das Ausbildungszentrum Bobritzsch in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung auf der Grundlage des Rahmenstoffplans für die fachtheoretische Ausbildung erstellt.

(5) In der fachtheoretischen Ausbildung soll das erforderliche Fachwissen vermittelt werden. Die in der berufspraktischen Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sollen erweitert und vertieft werden. Der Schwerpunkt der Ausbildung ist auf die Entwicklung von Handlungskompetenz zu legen.

(6) Die fachtheoretische Ausbildung hat folgende Inhalte:

1. Justizvollzug und seine gesellschaftliche Bedeutung, insbesondere Staats- und Gesellschaftslehre sowie Grundzüge des Straf- und Strafverfahrensrechts mit Bezügen zum Justizvollzug (Sachgebiet 1);
2. Vollzugsrecht, insbesondere Strafvollzug und Untersuchungshaftvollzug (Sachgebiet 2);
3. Vollzugsverwaltungskunde, insbesondere Grundzüge des öffentlichen Dienstrechts, des Haushaltswesens, der Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung sowie der Organisation der Vollzugsgeschäftsstelle (Sachgebiet 3);
4. sozialwissenschaftliche Grundlagen, insbesondere Grundzüge der Pädagogik und Psychologie mit Bezügen zum Justizvollzug, Straffälligenhilfe und Kriminalprävention (Sachgebiet 4);
5. Reflexionen zur Berufsethik, insbesondere Entwicklung der professionellen Rolle, Psychohygiene, verantwortungsvoller Umgang mit Macht, interkulturelle Themen und Radikalisierungsprävention (Sachgebiet 5);
6. Deeskalationstechniken sowie Eingriffs- und Sicherungstechniken zur Gefahrenabwehr (Sachgebiet 6).

## § 9 Praktische Erprobung

In der praktischen Erprobung sollen die in der fachtheoretischen und berufspraktischen Ausbildung erworbenen Kenntnisse vertieft und angewandt werden. Die Anwärterinnen und Anwärter sind zur selbstständigen Erledigung der Arbeitsaufgaben zu befähigen.

## § 10 Bewertung der Leistungen und Ausbildungsnote

(1) Für die Bewertung der Leistungen im Ausbildungsabschnitt „berufspraktische Ausbildung“ gilt Folgendes:

1. Die Ausbildungsanstalt erstellt jeweils am Ende eines Abschnitts eine Beurteilung mit folgendem Inhalt:
  - a) Art und Dauer der Beschäftigung,
  - b) Stand der Ausbildung,
  - c) erworbene fachliche Kompetenzen,
  - d) gezeigte Leistungen und
  - e) Verhalten der Anwärterin oder des Anwärters, insbesondere im Umgang mit den Gefangenen.

Die Beurteilung schließt mit einer Durchschnittsnote Praxis, die sich aus dem Mittelwert der vergebenen Einzelnoten nach § 7 Absatz 4 Satz 2 ergibt. Die Beurteilung ist der Anwärtlerin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben; die Note ist mündlich zu begründen.

2. Vor Beginn der mündlichen Prüfungen ermittelt die Ausbildungsanstalt die Gesamtnote Praxis, die sich aus dem Mittelwert der Durchschnittsnoten Praxis der verschiedenen Abschnitte ergibt. Dabei sind die einzelnen Durchschnittsnoten Praxis im Verhältnis der Dauer der jeweiligen Abschnitte zu berücksichtigen. Sie ist der Anwärtlerin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben.

(2) Für die Bewertung der Leistungen im Ausbildungsabschnitt „fachtheoretische Ausbildung“ gilt Folgendes:

1. Am Ende der ersten beiden Abschnitte wird eine Durchschnittsnote Theorie ermittelt, die sich aus dem Mittelwert der Klausurnoten ergibt. Dabei zählen die Noten aus den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 1 und 3 einfach und die Noten aus den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 2 und 4 doppelt. Die Noten sind der Anwärtlerin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben. Im dritten Abschnitt werden keine Noten vergeben.
2. Für jede Hausarbeit wird eine Hausarbeitsnote erteilt.
3. Vor Beginn der mündlichen Prüfungen wird die Gesamtnote Theorie ermittelt, die sich als Mittelwert aus den Durchschnittsnoten Theorie und dem Mittelwert der Hausarbeitsnoten ergibt. Sie ist der Anwärtlerin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben.

(3) Die Leistungen in den Ausbildungsabschnitten „Einführungspraktikum“ und „praktische Erprobung“ werden nicht bewertet

(4) Vor Beginn der mündlichen Prüfungen wird die Ausbildungsnote ermittelt, die sich aus dem Mittelwert der Gesamtnoten nach den Absätzen 1 und 2 ergibt. Sie ist der Anwärtlerin oder dem Anwärter schriftlich bekannt zu geben.

(5) Wird ein Abschnitt wiederholt, werden der Berechnung der Gesamtnoten nach den Absätzen 1 oder 2 nur die Noten zugrunde gelegt, die während des wiederholten Abschnitts erzielt wurden.

## § 11

### Urlaub und Unterbrechung der Ausbildung

(1) Während der fachtheoretischen Ausbildung ist die Gewährung von Erholungsurlaub grundsätzlich ausgeschlossen.

(2) Erholungsurlaub und Urlaub in anderen Fällen erteilt die Ausbildungsanstalt nach Anhörung der/des Ausbildungsbediensteten, während der fachtheoretischen Ausbildung nach Anhörung der Fachbereichsleitung. Urlaubsjahr ist das Ausbildungsjahr. Dieses bestimmt sich jeweils nach dem Ausbildungsbeginn.

(3) Soweit Unterbrechungen aus anderen Gründen dreißig Arbeitstage je Ausbildungsjahr insgesamt oder zwanzig Arbeitstage in der fachtheoretischen Ausbildung übersteigen, entscheidet die Ausbildungsanstalt aufgrund der Leistungen und unter Berücksichtigung einer Selbsteinschätzung der oder des Betroffenen, ob eine Rückstellung in den nachfolgenden Ausbildungsjahrgang erfolgt.

## § 12

### Wiederholung von Abschnitten

(1) Wer das Ausbildungsziel eines Abschnitts nicht erreicht hat, kann von der Ausbildungsanstalt im Einvernehmen mit dem Ausbildungszentrum Bobritzsch und dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Wiederholung des Abschnitts in einen nachfolgenden Ausbildungsjahrgang zurückgestellt werden. Es kann nur ein Abschnitt einmal wiederholt werden.

(2) Das Ausbildungsziel hat erreicht

1. in einem fachtheoretischen oder berufspraktischen Abschnitt, wer eine Durchschnittsnote von mindestens „ausreichend“ erzielt hat und
2. in einem fachtheoretischen Abschnitt auch diejenige oder derjenige, die oder der in mindestens der Hälfte der Klausuren eine Bewertung mit mindestens „ausreichend“ erzielt hat, wobei die Klausuren aus den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 2 und 4 doppelt gezählt werden.

(3) Von einer Zurückstellung ist abzusehen, wenn

1. nicht zu erwarten ist, dass bei der Wiederholung des Abschnitts das Ausbildungsziel erreicht werden wird oder
2. die Anwärtlerin oder der Anwärter das Nichterreichen des Ausbildungsziels zu vertreten hat.

(4) Wird von der Zurückstellung aus den in Absatz 3 genannten Gründen abgesehen oder erreicht die Anwärtlerin oder der Anwärter auch im nochmals abgeleisteten Abschnitt das Ausbildungsziel nicht, ist sie oder er zu entlassen.

## Teil 3

### Laufbahnprüfung

#### Abschnitt 1

#### Allgemeines

## § 13

### Grundsatz

(1) Die Prüfung für die Laufbahn ist Prüfung im Sinne des § 18 Absatz 4 Satz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes. Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob eine Anwärtlerin oder ein Anwärter das Ziel der Ausbildung erreicht hat und nach ihren oder seinen Kenntnissen und Fähigkeiten für den Justizvollzugsdienst der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 geeignet ist. Das Bestehen der Prüfung begründet keinen Anspruch auf eine Ernennung zur Beamtin auf Probe oder zum Beamten auf Probe.

(2) Die Prüfung besteht aus der schriftlichen Prüfung und der mündlichen Prüfung.

## § 14

### Prüfungsbehörde und Prüfungsorgane

(1) Prüfungsbehörde ist das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

(2) Prüfungsorgane sind:

1. der Prüfungsausschuss und
2. die Prüfenden.

### § 15 Prüfungsausschuss

- (1) Der Prüfungsausschuss besteht aus:
1. der für den Justizvollzug zuständigen Abteilungsleiterin oder dem für den Justizvollzug ständigen Abteilungsleiter des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung als Vorsitzende oder Vorsitzender,
  2. einer oder einem Bediensteten der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 aus den Justizvollzugsanstalten,
  3. einer oder einem Bediensteten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 aus den Justizvollzugsanstalten,
  4. einer hauptamtlichen Lehrkraft des Fachbereiches Justizvollzug am Ausbildungszentrum Bobritzsch und
  5. einer oder einem Bediensteten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 aus den Justizvollzugsanstalten.

(2) Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses ist jeweils eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestellen. Die für Ausbildungsangelegenheiten zuständige Referatsleiterin oder der für Ausbildungsangelegenheiten zuständige Referatsleiter der für den Justizvollzug zuständigen Abteilung des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vertritt die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(3) Der Prüfungsausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden mindestens drei weitere Mitglieder anwesend sind.

### § 16 Prüfende

(1) Zu Prüfenden können Bedienstete der Laufbahngruppe 2 und der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 bestellt werden. Hauptamtliche Lehrkräfte des Fachbereichs Justizvollzug am Ausbildungszentrum Bobritzsch sind in der Regel zu Prüfenden zu bestellen.

(2) Die oder der Vorsitzende und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie ihre Stellvertretenden sind ohne besondere Bestellung Prüfende.

- (3) Die Prüfenden haben folgende Aufgaben:
1. Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten,
  2. Abnahme der mündlichen Prüfung und
  3. Entwerfen von Prüfungsaufgaben.

### § 17 Aufgaben und Zuständigkeiten der Prüfungsbehörde und der Prüfungsorgane

(1) Die Prüfung wird von der Prüfungsbehörde vorbereitet und durchgeführt.

(2) Soweit nach dieser Verordnung nicht die Zuständigkeit eines anderen Prüfungsorgans begründet ist, entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gibt sie oder er die Beschlüsse der anderen Prüfungsorgane bekannt, entscheidet

über die Anordnung der sofortigen Vollziehung dieser Beschlüsse und trifft anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen.

(3) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann ihre oder seine Befugnisse nach Absatz 2 auf Bedienstete der Laufbahngruppe 2 übertragen.

### § 18 Weisungsunabhängigkeit

Die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses und die Prüfenden sind in Prüfungsangelegenheiten an keine Weisungen gebunden. Die Bediensteten nach § 17 Absatz 3 unterliegen in Prüfungsangelegenheiten nur den Weisungen der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

### § 19 Bestellung der Prüfungsorgane

(1) Soweit die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertretenden nicht bereits kraft Amtes dem Ausschuss angehören, bestellt diese die Staatsministerin oder der Staatsminister der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

(2) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden.

(3) Die Wiederbestellung von Mitgliedern des Prüfungsausschusses, deren Stellvertretenden und Prüfenden erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(4) Die Bestellung und die Wiederbestellung erfolgt jeweils für fünf Jahre. Mit Zustimmung des Mitglieds des Prüfungsausschusses oder des Prüfenden kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bestellung vorzeitig aufheben.

### Abschnitt 2 Allgemeine Vorschriften für das Prüfungsverfahren

#### § 20 Ausschluss von der Teilnahme an der Prüfung

(1) Prüfungsteilnehmende, gegen die zur Zeit des Prüfungsverfahrens eine Freiheitsentziehung vollzogen wird, sind von der Teilnahme an der Prüfung für die Dauer der Freiheitsentziehung ausgeschlossen.

(2) Von der Teilnahme an der Prüfung können Prüfungsteilnehmende ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, die

1. den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören oder zu stören versuchen oder
2. an einer Krankheit leiden, welche die Gesundheit anderer ernstlich gefährdet oder den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung ernstlich beeinträchtigen würde.

In Eilfällen können die oder der Aufsicht Führende in der schriftlichen Prüfung, die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission in der mündlichen Prüfung sowie die nach § 17 Absatz 3 benannten Bediensteten die sofortige Vollziehung des Ausschlusses anordnen.

## § 21 Prüfungsverhinderung

(1) Können einzelne Prüfungsteilnehmende nach der Zulassung aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, die schriftliche oder mündliche Prüfung nicht oder nicht vollständig ablegen, oder sind sie aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, gemäß § 20 ausgeschlossen (Prüfungsverhinderung), gilt Folgendes:

1. Wurde weniger als die Hälfte der schriftlichen Arbeiten angefertigt, gilt die schriftliche Prüfung als nicht abgelegt.
2. Wurden mindestens drei der schriftlichen Arbeiten angefertigt, ist anstelle der nicht angefertigten schriftlichen Arbeit innerhalb einer von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Zeit, in der Regel im nächsten Prüfungstermin, eine entsprechende Ersatzarbeit anzufertigen.
3. Eine nicht oder nicht vollständig abgelegte mündliche Prüfung ist in vollem Umfang an einem von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Termin nachzuholen.

(2) Eine Prüfungsverhinderung ist unverzüglich nach Kenntniserlangung gegenüber der Prüfungsbehörde geltend zu machen und nachzuweisen, im Fall einer Krankheit grundsätzlich durch ein amtsärztliches Zeugnis, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. In offensichtlich Fällen kann auf die Vorlage eines Nachweises verzichtet werden. Die Geltendmachung darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden.

(3) Die Geltendmachung einer Prüfungsverhinderung bei der schriftlichen Prüfung ist ausgeschlossen, wenn nach Abschluss des schriftlichen Teils der Prüfung ein Monat verstrichen ist. Bei einer Prüfungsverhinderung in der mündlichen Prüfung ist die Geltendmachung nach Bekanntgabe der Noten ausgeschlossen.

## § 22 Noten

(1) Die einzelnen Leistungen sind mit einer der folgenden Noten zu bewerten:

1. „sehr gut“ (1) eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,
2. „gut“ (2) eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,
3. „befriedigend“ (3) eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,
4. „ausreichend“ (4) eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
5. „mangelhaft“ (5) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten,
6. „ungenügend“ (6) eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und erkennen lässt, dass selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Den erreichten Durchschnitts- und Gesamtnoten entsprechen folgende Notenbezeichnungen:

1. 1,00 bis 1,50 entspricht „sehr gut“,
2. 1,51 bis 2,50 entspricht „gut“,
3. 2,51 bis 3,50 entspricht „befriedigend“,
4. 3,51 bis 4,50 entspricht „ausreichend“,
5. 4,51 bis 5,50 entspricht „mangelhaft“ und
6. 5,51 bis 6,00 entspricht „ungenügend“.

(3) Durchschnitts- und Gesamtnoten sind jeweils auf zwei Dezimalstellen zu berechnen; eine sich ergebende dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

## § 23 Nichterbringung von Prüfungsleistungen

Wird eine Prüfungsleistung nicht erbracht, ohne dass eine Prüfungsverhinderung vorliegt, wird diese mit der Note „ungenügend“ bewertet.

## § 24 Mängel des Prüfungsverfahrens

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, welche die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, kann der Prüfungsausschuss auf Antrag einer oder eines Prüfungsteilnehmenden oder von Amts wegen anordnen, dass von einzelnen oder von allen Prüfungsteilnehmenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben zu wiederholen sind.

(2) Ein Antrag nach Absatz 1 ist unverzüglich schriftlich bei der Prüfungsbehörde zu stellen. Er darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden. Die Geltendmachung ist ausgeschlossen, wenn seit dem Abschluss des Teils des Prüfungsverfahrens, der mit den Mängeln behaftet war, ein Monat verstrichen ist.

(3) Liegt die Prüfung länger als ein Jahr zurück, darf eine Anordnung nach Absatz 1 nicht mehr von Amts wegen getroffen werden.

## § 25 Hilfsmittel

Der Prüfungsausschuss lässt die Hilfsmittel für die mündliche und schriftliche Prüfung zu. Die Prüfungsteilnehmenden haben die Hilfsmittel selbst zu beschaffen, soweit sie nicht von der Prüfungsbehörde gestellt werden.

## § 26 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren

(1) Unternimmt es eine Prüfungsteilnehmende oder ein Prüfungsteilnehmender, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit oder das Ergebnis einer mündlichen Prüfung durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Prüfungsteilnehmender oder Dritter oder durch Einwirken auf Prüfungsorgane, die Prüfungsbehörde oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen, ist diese schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note „ungenügend“ zu bewerten. Der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben oder nach Beginn der mündlichen Prüfung steht der Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel gleich, sofern die oder der Prüfungsteilnehmende nicht nachweist, dass der Besitz weder auf Vorsatz noch auf Fahrlässigkeit beruht.

(2) In besonders schweren Fällen ist die gesamte Prüfung mit der Prüfungsgesamtnote „ungenügend“ zu bewerten. Als besonders schwerer Fall ist es in der Regel anzusehen, wenn es eine Prüfungsteilnehmende oder ein Prüfungsteilnehmender unternimmt, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit oder der mündlichen Prüfung durch Einwirken auf Prüfungsorgane, die Prüfungsbehörde oder auf



von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen.

(3) Ist in den Fällen der Absätze 1 oder 2 die Prüfung bereits durch Bekanntgabe der Prüfungsgesamtnote beendet, ist nachträglich die Prüfungsgesamtnote entsprechend zu berichtigen oder die Prüfung für nicht bestanden zu erklären. Ein bereits erteiltes Zeugnis ist einzuziehen und zu vernichten.

(4) Besteht der Verdacht des Besitzes nicht zugelassener Hilfsmittel, sind die Aufsichtführenden in der schriftlichen Prüfung, die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission in der mündlichen Prüfung sowie die von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses beauftragten Bediensteten der Prüfungsbehörde befugt, diese Hilfsmittel sicherzustellen. Hilfsmittel, die wegen einer Veränderung beanstandet werden, sind der oder dem Prüfungsteilnehmenden bis zur Ablieferung der betreffenden Prüfungsarbeit, spätestens bis zum Ende der dafür vorgesehenen Arbeitszeit, zu belassen. Verhindert die oder der Prüfungsteilnehmende eine Überprüfung oder eine Sicherstellung oder nimmt sie oder er nach Beanstandung gemäß Satz 2 eine Veränderung in den Hilfsmitteln vor, wird die schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note „ungenügend“ bewertet. In besonders schweren Fällen gilt Absatz 2.

(5) Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 3 und 4 trifft der Prüfungsausschuss binnen eines Jahres, nachdem die Prüfungsbehörde oder ein Prüfungsorgan von dem unlauteren Verhalten Kenntnis erlangt hat.

## **§ 27 Prüfungsakten**

Für jede Prüfungsteilnehmende und jeden Prüfungsteilnehmenden wird am Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung eine Prüfungsakte geführt. Diese enthält insbesondere:

1. Abdrucke der Zulassung zur schriftlichen Prüfung und der Ladung zur mündlichen Prüfung,
2. die von der oder dem Prüfungsteilnehmenden gefertigten schriftlichen Prüfungsarbeiten nebst Bewertung,
3. die Niederschrift über die erzielten Noten in der mündlichen Prüfung,
4. den Abdruck des Prüfungszeugnisses und der Platzziffernbescheinigung,
5. gegebenenfalls den Abdruck des Bescheids über das Nichtbestehen.

## **Abschnitt 3 Prüfungsverfahren**

### **§ 28 Zulassung zur Prüfung**

(1) Anwärterinnen und Anwärter, die in den ersten beiden Abschnitten der fachtheoretischen Ausbildung das Ausbildungsziel erreicht haben, stellt die Ausbildungsanstalt auf Anforderung der Prüfungsbehörde zur Prüfung vor. Über die Zulassung entscheidet die Prüfungsbehörde.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn einer der Gründe des § 20 Absatz 1 oder Absatz 2 Nummer 2 vorliegt.

(3) Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn:

1. sich zeigt, dass die Anwärterin oder der Anwärter dauernd prüfungsunfähig ist oder

2. sich nachträglich ein Umstand herausstellt, der die Versagung der Zulassung gerechtfertigt hätte.

(4) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Anwärterin oder dem Anwärter schriftlich mitzuteilen; eine Versagung oder ein Widerruf sind zu begründen.

## **§ 29 Schriftliche Prüfung**

(1) In der schriftlichen Prüfung haben die Prüfungsteilnehmenden zu den in § 8 Absatz 6 Nummern 1 bis 4 genannten Sachgebieten vier schriftliche Arbeiten unter Aufsicht zu fertigen. Die Prüfungsaufgaben werden vom Prüfungsausschuss ausgewählt. Die Arbeitszeit beträgt in den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 1 und 3 jeweils einhundertzwanzig Minuten, in den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 2 und 4 jeweils zweihundertvierzig Minuten.

(2) Die Prüfungsteilnehmenden geben anstelle ihres Namens auf den Prüfungsarbeiten nur die Nummer ihres vor der schriftlichen Prüfung ausgelosten Arbeitsplatzes an. Die Verzeichnisse mit den Nummern der Arbeitsplätze sind bis zum Abschluss der Bewertung verschlossen bei der Prüfungsbehörde zu verwahren. Prüfenden darf keine Einsicht in das Verzeichnis mit den Nummern der Arbeitsplätze gewährt werden.

(3) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen.

## **§ 30 Bewertung der Prüfungsarbeiten**

(1) Jede schriftliche Arbeit wird von je zwei Prüfenden voneinander unabhängig mit einer Note nach § 22 Absatz 1 bewertet. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses teilt die Prüfenden für die schriftliche Prüfung ein.

(2) Können sich die Prüfenden über die Bewertung einer Prüfungsarbeit nicht einigen, setzt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Note im Rahmen der Benotungsvorschläge der beiden Prüfenden fest. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann mit der Festsetzung der Note eine dritte Prüfende oder einen dritten Prüfenden beauftragen.

## **§ 31 Ergebnis der schriftlichen Prüfung; Zulassung zur mündlichen Prüfung**

(1) Für die schriftliche Prüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Dabei zählen die Noten aus den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 1 und 3 einfach und nach § 8 Absatz 6 Nummer 2 und 4 doppelt. Die Gesamtnote errechnet sich aus der Summe der Noten der schriftlichen Arbeiten geteilt durch sechs.

(2) Wer in der schriftlichen Prüfung eine Gesamtnote von mindestens „ausreichend“ erreicht hat und in mindestens der Hälfte der Prüfungsarbeiten eine Bewertung mit mindestens „ausreichend“ erreicht hat, wobei die Prüfungsarbeiten aus den Sachgebieten nach § 8 Absatz 6 Nummer 2 und 4 doppelt gezählt werden, ist zur mündlichen Prüfung zugelassen. Anderenfalls ist die Prüfung nicht bestanden; dies ist schriftlich bekannt zu geben.

(3) Die Noten und die Gesamtnote der schriftlichen Prüfung werden den Prüfungsteilnehmenden spätestens mit der Ladung zur mündlichen Prüfung schriftlich bekannt gegeben.

### **§ 32 Mündliche Prüfung**

(1) Die Abnahme der mündlichen Prüfung erfolgt durch Prüfungskommissionen, die aus den folgenden Prüfenden im Sinne von § 16 bestehen:

1. einer oder einem Bediensteten der zweiten Einstiegs-ebene der Laufbahngruppe 2,
2. einer oder einem Bediensteten der ersten Einstiegs-ebene der Laufbahngruppe 2 und
3. einer oder einem Bediensteten der zweiten Einstiegs-ebene der Laufbahngruppe 1.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses teilt die Prüfungskommissionen ein und bestimmt jeweils die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Prüfungskommission.

(3) Die Mitglieder der Prüfungskommission müssen während der mündlichen Prüfung ständig anwesend sein.

(4) Für jede Prüfungsteilnehmende und jeden Prüfungsteilnehmenden ist eine Gesamtprüfungsdauer von dreißig Minuten vorgesehen. Mehr als fünf Prüfungsteilnehmende dürfen nicht gemeinsam geprüft werden.

(5) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die Inhalte gemäß § 8 Absatz 6 Nummer 1 bis 5.

(6) Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission leitet die mündliche Prüfung und sorgt für die Einhaltung der Prüfungsbestimmungen und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Anwärterinnen und Anwärter des nachfolgenden Einstellungsjahrganges können bei der mündlichen Prüfung zuhören. Die oder der Vorsitzende kann sonstigen Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, die Anwesenheit gestatten. Das Prüfungsergebnis wird den Prüfungsteilnehmenden unter Ausschluss der Zuhörenden und der anderen Prüfungsteilnehmenden bekannt gegeben.

(7) Über den Verlauf und die Ergebnisse der mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen.

### **§ 33 Bewertung der mündlichen Prüfung**

(1) In der mündlichen Prüfung werden drei Noten nach § 22 Absatz 1 erteilt, und zwar

1. eine Note für die Sachgebiete des § 8 Absatz 6 Nummer 1 und 2,
2. eine Note für die Sachgebiete des § 8 Absatz 6 Nummer 3 und 4 und
3. eine Note für das Sachgebiet nach § 8 Absatz 6 Nummer 5.

(2) Über die Bewertung der Prüfungsleistungen in der mündlichen Prüfung wird in gemeinsamer Beratung aller Prüfenden mit Stimmenmehrheit entschieden. Aus den Noten wird die Durchschnittsnote der mündlichen Prüfung nach § 22 Absatz 2 gebildet.

### **§ 34 Prüfungsgesamtnote**

(1) Die Prüfungskommission stellt die Prüfungsgesamtnote fest. Diese errechnet sich aus der Ausbildungsnote nach § 10 Absatz 4 mit einem Anteil von 40 Prozent, der Gesamtnote der schriftlichen Prüfung mit einem Anteil von 40 Prozent und der Durchschnittsnote der mündlichen Prüfung mit einem Anteil von 20 Prozent und wird als Note nach § 22 Absatz 2 ausgewiesen.

(2) Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission gibt die Noten und die Durchschnittsnote der mündlichen Prüfung sowie die Prüfungsgesamtnote am Schluss der mündlichen Prüfung bekannt.

(3) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Prüfungsgesamtnote schlechter als „ausreichend“ ist.

(4) Prüfungsteilnehmende, welche die Prüfung nicht bestanden haben, erhalten hierüber einen schriftlichen Bescheid.

### **§ 35 Prüfungsniederschrift**

In den Niederschriften über den Verlauf und die Ergebnisse der schriftlichen und mündlichen Prüfung sind festzuhalten:

1. Ort, Tag und Dauer der Prüfungen,
2. die Namen der Prüfungsteilnehmenden,
3. die Namen der Erst- und Zweitprüfenden sowie der Prüfenden, die an der mündlichen Prüfung mitgewirkt haben,
4. die Ausbildungsnote,
5. die in der schriftlichen Prüfung erreichten Einzelnoten und die Gesamtnote,
6. die in der mündlichen Prüfung erreichten Einzelnoten und die Durchschnittsnote,
7. die Prüfungsgesamtnote,
8. die Entscheidungen der Prüfungsorgane,
9. Unregelmäßigkeiten in der schriftlichen und mündlichen Prüfung.

### **§ 36 Zeugnis**

(1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis, aus dem die erzielte Prüfungsgesamtnote und die entsprechende Notenbezeichnung ersichtlich sind.

(2) Das Zeugnis erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

### **§ 37 Festsetzung der Platznummern**

(1) Für jede Prüfungsteilnehmende und jeden Prüfungsteilnehmenden, die oder der die Prüfung bestanden hat, ist entsprechend ihrer oder seiner Prüfungsgesamtnote eine Platznummer festzusetzen. Bei gleicher Prüfungsgesamtnote erhält die oder der Prüfungsteilnehmende mit der besseren Gesamtnote der schriftlichen Prüfung die niedrigere Platznummer; bei gleicher Gesamtnote der schriftlichen Prüfung wird die gleiche Platznummer erteilt; die oder der nächstfolgende Prüfungsteilnehmende erhält in diesem Fall die Platznummer, die sich ergibt, wenn die mehreren gleichen Platznummern fortlaufend weitergezählt werden.

(2) Die oder der Prüfungsteilnehmende erhält eine Bescheinigung über die Platznummer.

(3) In der Bescheinigung über die erteilte Platznummer ist anzugeben, wie viele Prüfungsteilnehmende sich der Prüfung unterzogen und wie viele die Prüfung bestanden haben. Wird mehreren Prüfungsteilnehmenden die gleiche Platznummer erteilt, ist auch deren Zahl anzugeben.

### § 38

#### Wiederholung der Prüfung

(1) Wer die Laufbahnprüfung nicht bestanden hat, kann diese einmal wiederholen. Die Prüfung ist im gesamten Umfang zu wiederholen.

(2) Die Wiederholung ist frühestens im nächsten ordentlichen Prüfungstermin möglich und setzt die Ableistung des Ergänzungsvorbereitungsdienstes voraus.

(3) Für den Fall, dass im Folgejahr keine ordentliche Prüfung stattfindet, kann der Prüfungsausschuss einen anderen Termin zur Wiederholung der Prüfung bestimmen.

(4) Zur Vermeidung einer unzumutbaren Härte kann in begründeten Ausnahmefällen eine zweite Wiederholung der Prüfung zugelassen werden.

### § 39

#### Ergänzungsvorbereitungsdienst

(1) Wer die erstmalig nicht bestandene Prüfung wiederholen will, tritt auf Antrag in einen Ergänzungsvorbereitungsdienst ein. Der Antrag auf Aufnahme in den Ergänzungsvorbereitungsdienst ist binnen eines Monats nach Zugang der Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung bei der Ausbildungsanstalt zu stellen.

(2) Die Ausbildungsanstalt regelt den Ablauf des Ergänzungsvorbereitungsdienstes im Einvernehmen mit der Fachbereichsleitung und dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

(3) Im Ergänzungsvorbereitungsdienst werden keine Noten erteilt.

### § 40

#### Nachteilsausgleich

(1) Schwerbehinderten Prüfungsteilnehmenden und diesen gleichgestellten behinderten Prüfungsteilnehmenden (§ 2 Absatz 2 und 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 [BGBl. I S. 3234], das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 [BGBl. I S. 2541] geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung) kann auf Antrag entsprechend der Schwere der nachgewiesenen Behinderung in der schriftlichen Prüfung eine Arbeitszeitverlängerung bis zu einem Viertel der normalen Arbeitszeit gewährt werden. In Fällen besonders weitgehender Behin-

derung kann auf Antrag der schwerbehinderten oder der diesen gleichgestellten behinderten Prüfungsteilnehmenden die Arbeitszeit bis zur Hälfte der normalen Arbeitszeit verlängert werden. Schwerbehinderten Prüfungsteilnehmenden und diesen gleichgestellten behinderten Prüfungsteilnehmenden können neben oder anstelle einer Arbeitszeitverlängerung andere angemessene Erleichterungen gewährt werden, soweit diese den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. In der mündlichen Prüfung können auf Antrag schwerbehinderten oder diesen gleichgestellten behinderten Prüfungsteilnehmenden angemessene Erleichterungen gewährt werden, soweit diese den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

(2) Absatz 1 gilt auch für Prüfungsteilnehmende, die nicht schwerbehindert oder diesen gleichgestellte behinderte Prüfungsteilnehmende sind, aber wegen einer festgestellten, nicht nur vorübergehenden körperlichen Behinderung bei der Fertigung der Prüfungsarbeiten oder der Ablegung der mündlichen Prüfung erheblich beeinträchtigt sind.

(3) Anträge auf Nachteilsausgleich sind spätestens vier Wochen vor Beginn der schriftlichen Prüfung einzureichen. Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Prüfungsvergünstigung erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, ist der Antrag unverzüglich zu stellen. Im Fall des Satzes 2 ist die Unverzüglichkeit der Antragstellung darzulegen und nachzuweisen. Der Nachweis der Behinderung ist durch amtsärztliches Zeugnis zu führen. Aus dem amtsärztlichen Zeugnis müssen Tatsachen, die die Behinderung belegen können, hervorgehen. Eine weitere ärztliche Begutachtung kann angeordnet werden.

### Teil 4

#### Übergangs- und Schlussbestimmungen

### § 41

#### Übergangsregelungen

(1) Die Ausbildung und Prüfung der Anwärterinnen und Anwärter, die sich im Vorbereitungsdienst befinden und diesen vor dem 1. September 2023 angetreten haben, richtet sich nach der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung Justizvollzugsdienst vom 18. August 2014 (SächsGVBl. S. 494), die durch die Verordnung vom 6. Juli 2018 (SächsGVBl. S. 481) geändert worden ist.

(2) Für die Anwärterinnen und Anwärter, die den Vorbereitungsdienst bis zum 31. Januar 2024 angetreten haben, ist § 2 Absatz 2 nicht anzuwenden.

### § 42

#### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Justizvollzugsdienst vom 18. August 2014 (SächsGVBl. S. 494), die durch die Verordnung vom 6. Juli 2018 (SächsGVBl. S. 481) geändert worden ist, außer Kraft.

Dresden, den 5. September 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung  
Katja Meier

## Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der IT-Administrations-Förderverordnung

**Vom 8. September 2023**

Auf Grund des § 3b Absatz 2 Satz 3 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

### Artikel 1

#### Änderung der IT-Administrations-Förderverordnung

Die IT-Administrations-Förderverordnung vom 12. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 629) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird die Angabe „31. Dezember 2023“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:  
„Nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung nach der Lehrer-Endgeräte-Förderverordnung vom 12. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 631) wird das Schulträgerbudget um einen Betrag in Höhe von 120 Euro je nach der Lehrer-Endgeräte-Förderverordnung beschafftem Endgerät erhöht.“
  - b) In Absatz 5 werden nach dem Wort „Schulträgerbudgets“ die Wörter „nach Absatz 2 Satz 1“ eingefügt.
3. § 5 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:  
„(2) Anträge auf Zuweisung nach § 1 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 1 sind bis zum 31. Juli 2021 und Anträge auf Erhöhung der Zuweisung nach § 1 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 2 sind bis zum 31. Dezember 2023 bei der Bewilligungsstelle elektronisch einzureichen.“
  - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:  
„(3) Die Bewilligungsstelle setzt die Zuweisung für Anträge nach § 1 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 1 bis zum 30. September 2021 und für Anträge auf Erhöhung der Zuweisung nach § 1

Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 2 bis zum 28. Februar 2024 fest.“

4. § 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Zuweisung“ die Wörter „nach § 1 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 1“ eingefügt.
  - b) Nummer 2 wird durch folgende Nummern 2 und 3 ersetzt:
    - „2. 90 Prozent der Erhöhung der Zuweisung nach § 1 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Satz 2 zum 30. September 2024,
    3. 10 Prozent der gesamten Zuweisungen nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung, soweit sich hieraus keine Beanstandungen ergeben oder Rückforderungen geltend gemacht werden.“
5. Dem § 7 werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:  
„(5) Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Ausgaben nach dieser Verordnung sind rechnungsseitig von aus Mitteln des Bundes, des Landes oder der Europäischen Union geförderten Ausgaben abzugrenzen. Insbesondere dürfen die geltend gemachten Ausgaben nicht bereits Gegenstand einer Förderung nach der Lehrer-Endgeräte-Ergänzungs-Förderverordnung vom 15. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 425) sein.  
  
„(6) Zuweisungen, für die kein ordnungsgemäßer Verwendungsnachweis erbracht werden kann, sind zurückzuzahlen.“

### Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 8. September 2023

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

# **Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Westlausitz“**

**Vom 8. September 2023**

Aufgrund von § 20 Absatz 2 Nummer 4, § 26 und § 22 Absatz 2 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie §§ 13 und 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Absatz 1, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und § 46 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes wird durch das Landratsamt Bautzen verordnet:

## **§ 1**

### **Erklärung zum Ausgliederungsgebiet**

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der  
Gemeinde/Stadt: Haselbachtal  
Gemarkung: Häslich  
Landkreis: Bautzen  
werden aus dem LSG „Westlausitz“ ausgegliedert.

## **§ 2**

### **Ausgliederungsgegenstand**

(1) Das Ausgliederungsgebiet hat eine Größe von insgesamt circa 4,01 ha. Es umfasst nach dem Stand vom 8. September 2023 auf dem Gebiet der Gemeinde Haselbachtal, Gemarkung Häslich, Landkreis Bautzen das Flurstück 360/2 und teilweise die Flurstücke 360/1, 360/3 und 399/13.

(2) Das Ausgliederungsgebiet ist in einer Liegenschaftskarte des Landratsamtes Bautzen vom 30. Mai 2023 im Maßstab 1 : 2 000 und einer Übersichtskarte vom 30. Mai 2023 im Maßstab 1 : 10 000 grün umgrenzt eingetragen. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Flurkarte. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Karten wird beim Landratsamt Bautzen, Verwaltungsstandort Kamenz, Macherstraße 55, 01917 Kamenz zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

## **§ 3**

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Kamenz, den 8. September 2023

Landratsamt Bautzen  
Dr. Reinisch  
Beigeordnete







**Verordnung  
des Landratsamtes Erzgebirgskreis  
zur Änderung des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“  
auf dem Gebiet der Gemeinde Raschau-Markersbach**

**Vom 9. August 2023**

Aufgrund von § 22 Absatz 1 und 2, § 27 und § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, in Verbindung mit § 13 Absatz 1, § 20 Absatz 1 und 2, § 48 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 4, § 46 Absatz 1 Nummer 3 und § 47 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird verordnet:

**§ 1**

**Änderung der Schutzvorschrift**

Für die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Gemeinde Raschau-Markersbach wird die Grenze zwischen der Entwicklungszone und der Schutzzone II im Sinne von § 4 Absatz 1 der Naturparkverordnung Erzgebirge/Vogtland vom 9. Mai 1996 (SächsGVBl. S. 202, 380), die zuletzt durch die Verordnung vom 7. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 207) geändert worden ist, geändert (Umzonierung).

**§ 2**

**Gegenstand der Umzonierung**

(1) Die Fläche, die sich östlich des Gabelungsbereiches an der Zuwegung Obermittweida befindet, umfasst auf dem

Gebiet der Gemeinde Raschau-Markersbach, Gemarkung Mittweida die Flurstücke 257/5; 257/7; 257/8; 257/9; 257/10; 257/11 sowie das Flurstück 577/4 teilweise. Diese Fläche wird in den Naturpark Erzgebirge/Vogtland von der Schutzzone II in die Entwicklungszone überführt.

Aus Gründen der Arrondierung wurde das südwestlich angrenzende Wegeflurstück 577/4 teilweise mit in die Umzonierungsfläche einbezogen, um eine Anpassung als zusammenhängende Fläche an die Abgrenzung der Entwicklungszone zu ermöglichen.

Die Größe dieser Fläche beträgt etwa 6,31 Hektar.

(2) Die Grenze zwischen der Entwicklungszone und der Schutzzone II ist in einer kombinierten Flur- und Übersichtskarte des Landratsamtes Erzgebirgskreis vom 9. August 2023 im Maßstab 1:3 000 (Flurkarte) und 1:50 000 (Übersichtskarte) mit violett gefärbten Linien eingetragen. In dieser Karte ist die von der Schutzzone II in die Entwicklungszone überführten Flächen rot unterlegt dargestellt. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

**§ 3**

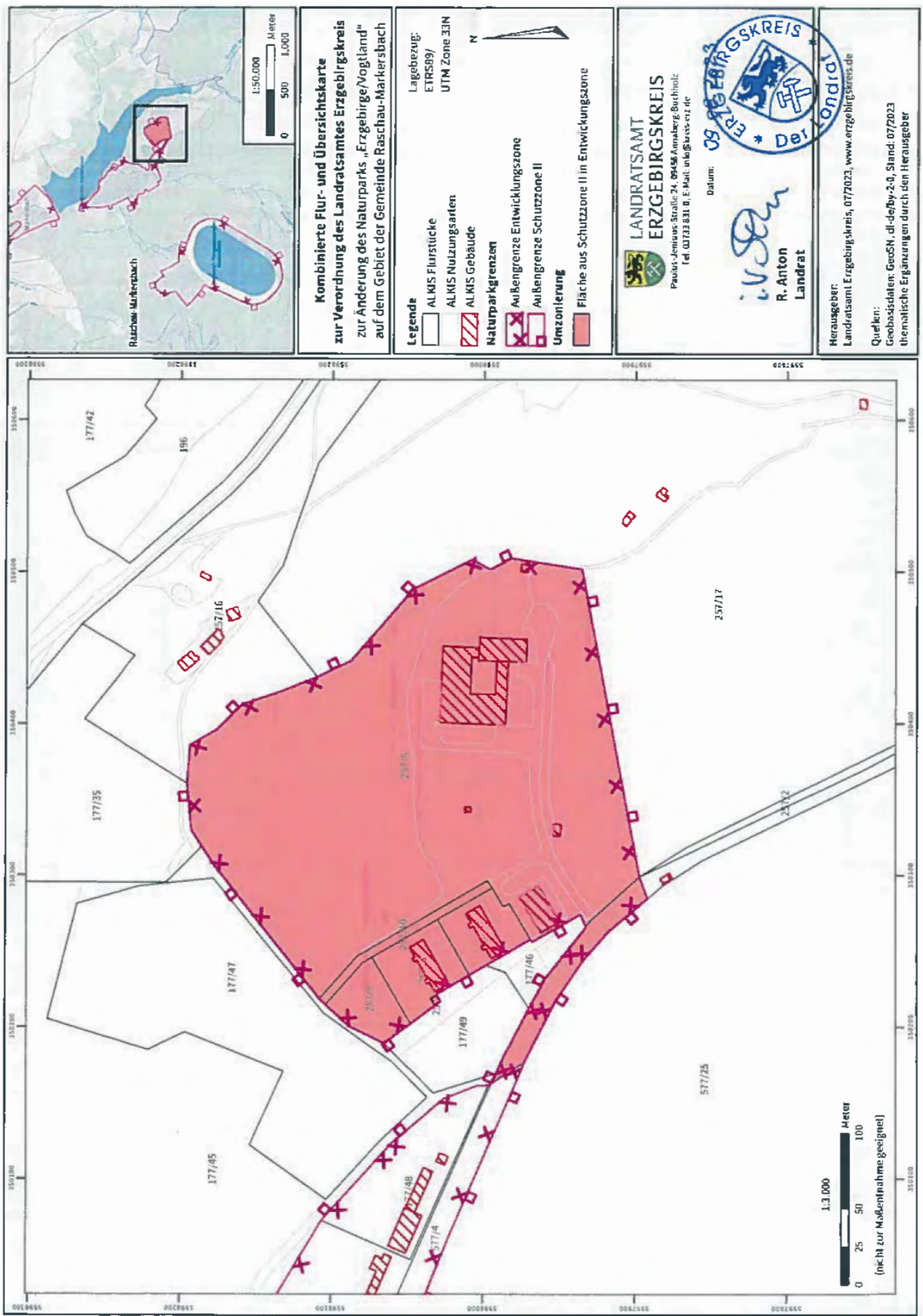
**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Annaberg-Buchholz, den 9. August 2023

Landratsamt Erzgebirgskreis  
Anton  
Landrat





**Verordnung  
des Landratsamtes Görlitz  
zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes  
„Trebendorfer Abbaufeld“**

**Vom 25. Juli 2023**

Aufgrund von § 22 Absatz 2 und § 26 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, in Verbindung mit § 13 Absatz 1 und § 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird verordnet:

**§ 1**

**Erklärung der Ausgliederung**

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife, Gemarkung Schleife, im Landkreis Görlitz wird aus dem Landschaftsschutzgebiet „Trebendorfer Abbaufeld“, festgesetzt durch Beschluss 03-2/68 des Rates des Bezirkes Cottbus vom 1. Mai 1968, zuletzt geändert durch Verordnung des Landratsamtes Görlitz vom 27. August 2021 (SächsGVBl. S. 1173), ausgegliedert.

**§ 2**

**Ausgliederungsgegenstand**

(1) Die Ausgliederungsfläche hat eine Größe von circa 1,37 ha und umfasst das Flurstück 23/5 der Gemarkung Schleife Flur 5 teilweise.

Görlitz, den 25. Juli 2023

Landratsamt Görlitz  
Dr. Meyer  
Landrat  
i. V. Gampe

Anlage Übersichtskarte

(2) Die Ausgliederungsfläche wird nördlich von der Staatsstraße 126 und östlich von einem asphaltierten Fuß- und Radweg begrenzt. Westlich und südlich befinden sich Ackerflächen.

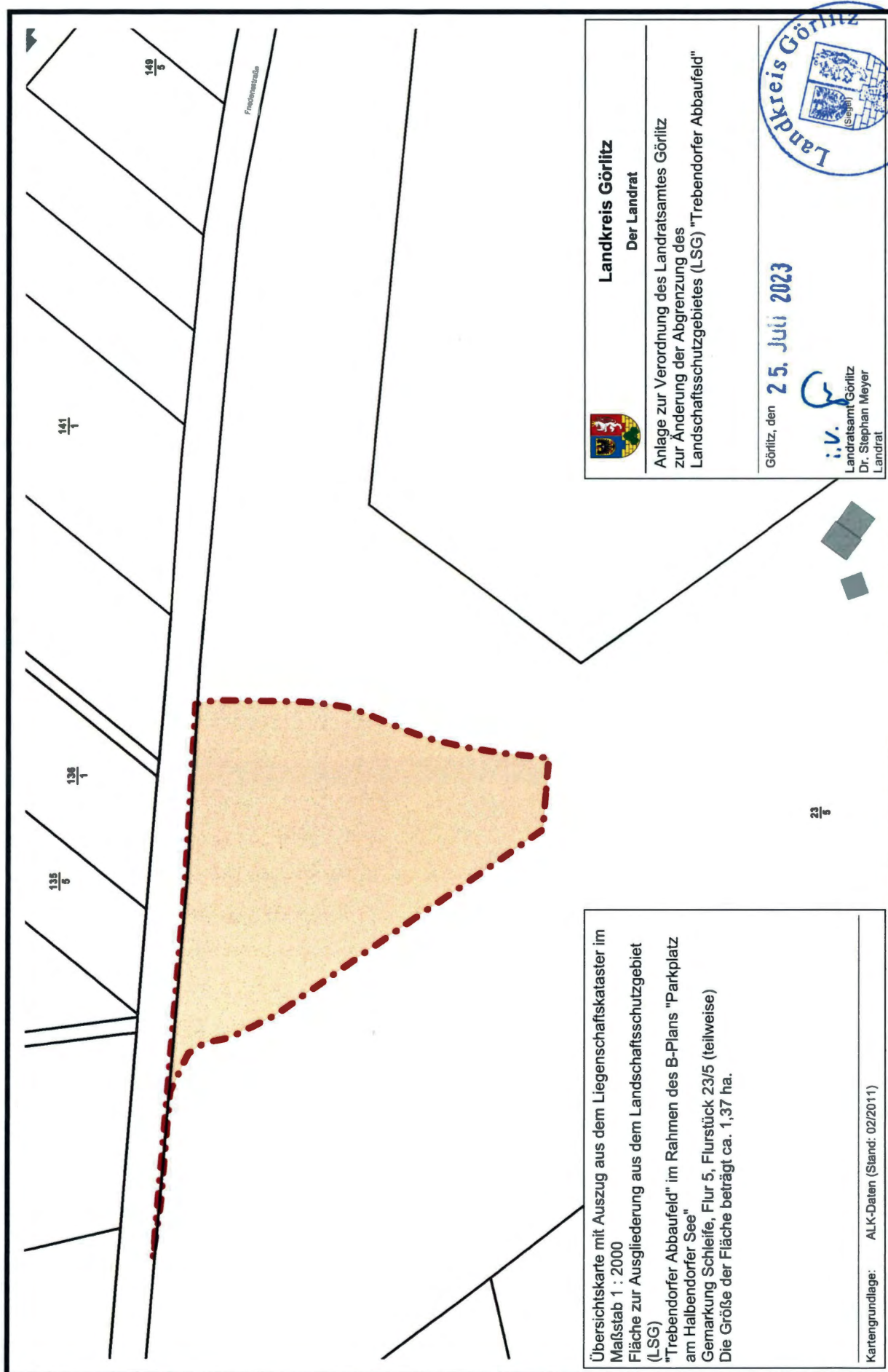
(3) Die Lage des Ausgliederungsgebietes ist in einer Flurkarte des Landratsamtes Görlitz im Maßstab 1:2 000 (Anlage) mit einer roten Strich-Punkt-Linie und orangefarbener Fläche eingetragen. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragungen auf der Flurkarte. Die Karte ist Bestandteil der Verordnung.

(4) Die Verordnung mit Karte kann während ihrer Geltung beim Landratsamt Görlitz von jedermann während der Sprechzeiten kostenlos eingesehen werden.

**§ 3**

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.



# **Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmals „Neumarker Bach“**

**Vom 22. August 2023**

Auf Grund von § 22 Absatz 1 und 2, § 28 und § 3 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, und § 18, § 20, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 46 Absatz 1 Nummer 3 und § 48 Absatz 4 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird gemäß § 20 Absatz 4 in Verbindung mit § 32 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Jagdgesetzes vom 8. Juni 2012 (SächsGVBl. S. 308), das durch das Gesetz vom 31. Januar 2018 (SächsGVBl. S. 21) geändert worden ist, im Einvernehmen mit der unteren Jagdbehörde und gemäß § 30 Absatz 1 in Verbindung mit § 35 Absatz 1 Nummer 3 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, im Benehmen mit der unteren Forstbehörde durch das Landratsamt Zwickau verordnet:

## **§ 1**

### **Festsetzung als Flächennaturdenkmal**

(1) Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Großen Kreisstadt Werdau, Gemarkung Steinpleis und der Gemeinde Fraureuth, Gemarkung Ruppertsgrün, im Landkreis Zwickau wird als Flächennaturdenkmal festgesetzt.

(2) Das Flächennaturdenkmal führt die Bezeichnung „Neumarker Bach“.

## **§ 2**

### **Schutzgegenstand**

(1) Das Flächennaturdenkmal hat eine Größe von circa 3,45 Hektar.

(2) Das Flächennaturdenkmal umfasst gemäß dem Stand der kombinierten Flur- und Übersichtskarte nach Absatz 6 (Anlage 1) auf dem Gebiet der Stadt Werdau, Gemarkung Steinpleis, Teile der Flurstücke 226/4, 226/6, 229/2 und auf dem Gebiet der Gemeinde Fraureuth, Gemarkung Ruppertsgrün, Teile der Flurstücke 177, 178, 174/6, 179, 186, 181, 182, 187, 188/1, 189, 190/1, 192/1, 193/1.

(3) Die Lage des Flächennaturdenkmals wird wie folgt grob beschrieben: Das Flächennaturdenkmal liegt in der Feldflur südwestlich der Ortslage von Steinpleis und östlich der Ortslage von Ruppertsgrün im Römertal südöstlich des Bogendreiecks der Bahn. Der Neumarker Bach fließt vom Höllenweg in Richtung der Römertalbrücke. Das Flächennaturdenkmal umfasst den Neumarker Bach und dessen Ufer. Die nördliche Grenze des Flächennaturdenkmals liegt südlich der Römertalbrücke vor der nördlichsten Furt. Dabei ist diese Furt nicht Bestandteil des Flächennaturdenkmals. Die südliche Begrenzung befindet sich nördlich der Brücke

des Höllenwegs. Dabei befindet sich die Brücke am Höllenweg außerhalb des Flächennaturdenkmals. Im Verlauf des mäandrierenden und strukturreichen Flachlandbaches mit seinen bachbegleitenden Ufergehölzen wird dieser westlich durch landwirtschaftlich genutztes Grünland begrenzt. Östlich wird das Flächennaturdenkmal durch Wald und durch landwirtschaftlich genutztes Grünland begrenzt. Das Flächennaturdenkmal „Neumarker Bach“ grenzt an das Flächennaturdenkmal „Auwald am Neumarker Bach“ an. In diesem Bereich ist das uferbegleitende Gehölz als Wald eingestuft. Das Flächennaturdenkmal „Neumarker Bach“ weist im Verlauf zwei Furten auf.

(4) Die Flächen des Flächennaturdenkmals sind Bestandteil des Gebietes gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) (ABl. L 206 vom 22. Juli 1992, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10. Juni 2013, S. 193) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, mit der Bezeichnung „Bachtäler im Oberen Pleißeland (Teilfläche Nr. 2: Schönfelder-/ Neumarker Bach)“ (Fauna-Flora-Habitat-Gebiet mit der EU-Meldenummer 5140-301), bestimmt durch die Landesdirektion Chemnitz zur Bestimmung des Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung „Bachtäler im Oberen Pleißeland“ vom 31. Januar 2011 (SächsABl. Sdr. S. S 223) deren Vorschriften einschließlich deren Anlagen als Inhalt der Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Bestimmung von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung (Grundsatzverordnung Sachsen für FFH-Gebiete) vom 26. November 2012 (SächsABl. S. 1499) fortgelten. Das Flächennaturdenkmal ist damit Bestandteil des ökologischen Netzes „Natura 2000“. Die Bestimmungen der Grundsatzverordnung Sachsen für FFH-Gebiete bleiben unberührt.

(5) Das Flächennaturdenkmal ist Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes „Römertal“, festgesetzt durch Verordnung des Landkreises Zwickauer Land vom 02. Oktober 1996 (amtliche Bekanntmachung des Landkreises Zwickauer Land vom 21. November 1996). Die Bestimmungen der Verordnung des Landkreises Zwickauer Land zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Römertal“ bleiben unberührt.

(6) Die Grenzen des Flächennaturdenkmals sind in einer kombinierten Flur- und Übersichtskarte des Landratsamtes Zwickau vom 22. August 2023 in den Maßstäben 1 : 5.000 (Flurkarte) und 1 : 10.000 (Übersichtskarte) (Anlage 1) jeweils mit einer teils durchgezogenen und teils durchbrochenen Linie rot eingetragen. Beim Grenzeintrag mit durchzogener Linie verläuft die Grenze des Flächennaturdenkmals auf der Flurstücksgrenze. Beim Grenzeintrag mit durchbrochener Linie verläuft die Grenze des Flächennaturdenkmals nicht auf der Flurstücksgrenze. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Flurkarte (Anlage 1). Die kombinierte Flur- und Übersichtskarte (Anlage 1) ist Bestandteil der Verordnung.



## § 3

**Schutzzweck**

(1) Die Unterschutzstellung dient dem langfristigen Erhalt eines für die Naturausstattung des Landkreises Zwickau repräsentativen naturnahen, mäandrierenden Flachlandbaches mit seinen begleitenden Uferbiotopen.

(2) Die Unterschutzstellung erfolgt aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen und landeskundlichen Gründen, insbesondere zur

1. Erhaltung und nachhaltigen Sicherung des mäandrierenden, strukturreichen und naturnahen Flachlandbaches in seiner derzeitigen Ausprägung sowie zur Gewährleistung gewässerdynamischer Prozesse;
2. Erhaltung und Sicherung eines Erlen- und Eschenwaldes und eines Weichholzauenwaldes an Fließgewässern als Lebensraumtyp 91E0 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG;
3. Erhaltung und Sicherung eines Fließgewässers mit flutender Wasservegetation als Lebensraumtyp 3260 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG.

(3) Die Unterschutzstellung erfolgt zum Erhalt von Seltenheit, Eigenart und landschaftstypischer Schönheit, insbesondere zur

1. Erhaltung und Sicherung eines reich strukturierten, teilweise stark mäandrierenden Flachlandbaches mit gut ausgebildeten Prall- und Gleituferrn;
2. Erhaltung des unverbauten Zustandes von Bachbett und Uferböschungen;
3. Zulassung der natürlichen Fließgewässerdynamik.

(4) Die Unterschutzstellung erfolgt zur Sicherung von Lebensgemeinschaften und Lebensstätten von im Bestand gefährdeten Tier- und Pflanzenarten, insbesondere zur

1. Erhaltung der vielfältigen Lebensraumfunktion eines Fließgewässers für amphibische und limnische Gewässerorganismen, wie Eisvogel (*Alcedo atthis*), Wasserramsel (*Cinclus cinclus*), Bachforelle (*Salmo trutta fario*), Edelkrebs (*Astacus astacus*) oder Blauflügel-Prachtlibelle (*Calopteryx virgo*);
2. Erhaltung und nachhaltigen Sicherung des Lebensraumes oder Refugiums von Höhlen-, Alt- und Totholzbewohnern, wie dem Moschusbock (*Aromia moschata*), dem Schimmelkäfer (*Cryptophagidae*) oder dem Rosenkäfer (*Protaetia spec.*);
3. Erhaltung als Trittstein im Biotopverbund für gewässergebundene Pflanzenarten im Einzugsgebiet des Neumarker Baches, wie dem Aronstab (*Arum*), der Echten Nelkenwurz (*Geum urbanum*) und dem Dunklen Lungkraut (*Pulmonaria obscura*).

## § 4

**Verbote**

(1) Alle Handlungen, die dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung zuwiderlaufen, indem sie zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Flächennaturdenkmals oder seiner Bestandteile oder zu einer nachteiligen Störung führen können, soweit in § 5 dieser Verordnung nichts Abweichendes bestimmt ist, sind verboten. In dem Flächennaturdenkmal ist insbesondere verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder Anlagen im Sinne des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das

zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder zu ändern oder gleichgestellte Maßnahmen, die keiner baurechtlichen oder wasserrechtlichen Genehmigung oder Anzeige bedürfen, durchzuführen;

2. Anlagen zur Energie- oder Wärmeerzeugung zu errichten;
3. Straßen, Wege, Pfade, Steige, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen ober- oder unterirdisch zu verlegen oder Anlagen aller genannten Arten zu verändern;
4. Handlungen vorzunehmen, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern, wie insbesondere der Abbau von Bodenbestandteilen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen sowie Auffüllungen oder Ablagerungen;
5. Abfälle oder sonstige Materialien, Stoffe, Pflanzenschutzmittel oder andere Chemikalien einzubringen, anzuwenden, zu lagern oder abzulagern;
6. das Betreten von Flächen außerhalb von Wegen oder Furten oder das Reiten außerhalb von ausgewiesenen Reitwegen;
7. mit Fahrrädern, Skiern oder ähnlichen Fortbewegungsmitteln außerhalb von Wegen zu fahren;
8. mit gespannten Fahrzeugen oder mit motorgetriebenen Fahrzeugen aller Art zu fahren;
9. unbemannte Fluggeräte, insbesondere Drohnen oder Flugmodelle, sowie Sport- und Freizeitluftfahrzeuge jeglicher Art zu starten, zu landen oder zu betreiben, soweit nicht die Voraussetzungen für gesetzlich bestimmte Ausnahmetatbestände vorliegen;
10. Geocaching durchzuführen;
11. Hunde frei laufen oder im Gewässer baden zu lassen, soweit es sich nicht um Jagdhunde bei der ordnungsgemäßen Jagdausübung handelt;
12. die gebietsheimische Ufervegetation zu beseitigen, zu zerstören oder zu beschädigen;
13. zu baden oder das Gewässer mit schwimmfähigen Gegenständen zu benutzen;
14. Fische oder Fischnährtiere einzusetzen, zu angeln oder zu keschern;
15. das Gewässer als Viehtränke oder Wasserentnahmestelle zu nutzen, Entwässerungsmaßnahmen durchzuführen oder sonstige Veränderungen am Gewässer oder seinen Uferbereichen vorzunehmen;
16. Tiere einzubringen, wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen oder ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;
17. Licht- oder Lärmimmissionen, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen, die geeignet sind, Tiere zu beunruhigen oder den Naturgenuss zu beeinträchtigen;
18. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
19. Totholz zu entnehmen;
20. Hiebsmaßnahmen vorzunehmen;
21. Erholungseinrichtungen aller Art anzulegen, zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, Wohnmobile, Verkaufsstände, Warenautomaten, Sitzgruppen aufzustellen oder sonstige Fahrzeuge abzustellen;
22. Feuer zu entfachen oder zu unterhalten, Feuerstellen zu errichten oder zu unterhalten oder Flächenverbrennungen durchzuführen;
23. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln, Markierungszeichen oder sonstige Werbeanlagen aufzustellen, an Objekten des Flächennaturdenkmals anzubringen oder diese in anderer Art und Weise zu verändern;

24. die zur Sichtbarmachung des Schutzgebietes aufgestellten amtlichen Kennzeichen zu entfernen, zu zerstören oder zu beschädigen;
25. die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art zu ändern, die dem Schutzzweck zuwiderläuft.

(2) Die gesetzlichen Verbote, insbesondere die Verbote des Bundesnaturschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, die Verbote des Sächsischen Naturschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, die Verbote des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils geltenden Fassung sowie die Verbote des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und des Wasserhaushaltsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, bleiben unberührt.

### § 5 Zulässige Handlungen

- (1) Der § 4 Absatz 1 dieser Verordnung gilt nicht für:
  1. wasserrechtliche Belange, welche den Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung in Verbindung mit den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung und des Sächsischen Wassergesetzes in der jeweils geltenden Fassung, nicht zuwiderlaufen, mit der Maßgabe, dass:
    - a) die Unterhaltung, die Instandsetzung und der Rückbau der vorhandenen Anlagen im Sinne des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes in bisheriger Art und in bisherigem Umfang der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 anzuzeigen ist;
    - b) die Entnahme von Totholz, welches ein Abflusshindernis darstellt, der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 anzuzeigen ist.
  2. die ordnungsgemäße Forstwirtschaft, mit welcher der Schutzzweck gemäß § 3 dieser Verordnung und die Grundsätze des § 5 Absatz 2 des Sächsischen Naturschutzgesetzes in Verbindung mit den Vorschriften des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils geltenden Fassung, im Flächennaturdenkmal eingehalten wird, mit der Maßgabe, dass:
    - a) Bäume mit Horsten oder Höhlen nicht entfernt werden;
    - b) Hiebsmaßnahmen, die mit ihrer Wirkung einem Kahlschlag gleichkommen, der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedürfen;
    - c) nur standortheimische oder standortgerechte Gehölze eingebracht werden;
    - d) die Verjüngung des Waldbestandes vorrangig über Naturverjüngung erfolgt;
    - e) das Anlegen neuer Waldwege zur Erschließung des Waldes der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedarf;
    - f) keine Pflanzenschutzmittel, Mineraldünger, Jauche, Gülle oder Kalk in den Wald eingebracht werden;
    - g) bei Feststellung biologischer Schadereignisse dies der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich zu melden ist und die notwendigen Maßnahmen innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Meldung mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und Regelungen festzulegen sind.
  3. die dem Schutzzweck entsprechende ordnungsgemäße Ausübung der Landwirtschaft nach der guten fachlichen Praxis oder die ordnungsgemäße Nutzung der Furten;
  4. die dem Schutzzweck entsprechende ordnungsgemäße Ausübung der Hegeverpflichtung im Sinne des Sächsischen Fischereigesetzes vom 9. Juli 2007 (SächsGVBl.

S. 310), das zuletzt durch das Gesetz vom 29. April 2012 (SächsGVBl. S. 254) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung notwendigen fischereilichen Maßnahmen;

5. die ordnungsgemäße, rechtlich zulässige und dem Schutzzweck gemäß § 3 dieser Verordnung untergeordnete Ausübung der Jagd unter Einhaltung der Vorschriften des Bundesjagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 291 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Sächsischen Jagdgesetz, in der jeweils geltenden Fassung. Der § 26 Absatz 2 des Sächsischen Jagdgesetzes bleibt unberührt;
6. die sonstige bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung und Unterhaltung der Grundstücke und Wege sowie der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang mit der Maßgabe, dass das Anlegen von Lehrpfaden oder das Aufstellen von Informationstafeln der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedarf;
7. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Flächennaturdenkmals durch die untere Naturschutzbehörde oder die von dieser Behörde beauftragten Dritten angeordneten Überwachungs-, Schutz-, Biotopgestaltungs- und Biotoppflegemaßnahmen;
8. Beobachtungen und Untersuchungen zu wissenschaftlichen Zwecken sowie Monitoring mit der Maßgabe, dass diese
  - a) im Auftrag der unteren Naturschutzbehörde durchgeführt werden oder
  - b) der Anzeige bei der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 bedürfen, wenn sie von oder im Auftrag anderer Behörden durchgeführt werden oder
  - c) der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedürfen;
9. Vermessungsarbeiten nach dem Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), das zuletzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass diese der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 in Textform anzuzeigen sind;
10. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilдерungen.

(2) Handlungen nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b, Nummer 8 Buchstabe b und Nummer 9 dieser Verordnung sind mindestens einen Monat vor dem geplanten Durchführungsbeginn bei der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen. Die Anzeige hat Angaben zur handelnden Person, zum Grundstückseigentümer, zum Durchführungszeitraum und zur geplanten Handlung zu enthalten. Ist die Anzeige unvollständig oder sind für die Beurteilung der angezeigten Handlung weitere Angaben oder Unterlagen notwendig, fordert die untere Naturschutzbehörde den Anzeigenden auf, innerhalb einer angemessenen Frist, die fehlenden Angaben zu machen oder die fehlenden Unterlagen vorzulegen. Wird der Aufforderung der unteren Naturschutzbehörde nicht innerhalb dieser Frist nachgekommen, gilt die Anzeige als nicht gestellt, mit der Folge, dass die geplante Handlung nicht vorgenommen werden darf. Die untere Naturschutzbehörde kann

1. Entscheidungen zur Regelung zu Zeitpunkt und Ausführungsweise der geplanten Handlung treffen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flächennaturdenkmals, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzwecks nach § 3 dieser Verordnung entgegenzuwirken oder

2. die geplante Handlung untersagen, wenn sie mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht vereinbar ist.

Eine Handlung gilt in der angezeigten Art und im angezeigten Umfang als zugelassen, wenn die untere Naturschutzbehörde nicht innerhalb der Frist von einem Monat nach Zugang der vollständigen Anzeige Maßnahmen angeordnet oder die Handlung untersagt hat.

(3) Die Genehmigung für Handlungen nach Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b und e, Nummer 6 und Nummer 8 Buchstabe c dieser Verordnung ist mindestens einen Monat vor dem geplanten Durchführungsbeginn bei der unteren Naturschutzbehörde in Textform zu beantragen. Der Antrag auf Genehmigung hat Angaben zum Antragsteller, dem Grundstückseigentümer sowie eine Beschreibung der Maßnahme einschließlich des Durchführungszeitraumes zu enthalten und es sind die für die Beurteilung des Antrages erforderlichen Unterlagen einzureichen. Ist der Antrag unvollständig oder reichen die Angaben und Unterlagen für die Prüfung der Genehmigung nicht aus, hat der Antragsteller auf Verlangen der unteren Naturschutzbehörde innerhalb der gesetzten angemessenen Frist seinen Antrag zu ergänzen. Wird der Antrag nicht fristgemäß im geforderten Umfang ergänzt, gilt der Antrag auf Genehmigung als nicht gestellt, mit der Folge, dass die beantragte Handlung nicht durchgeführt werden darf. Die untere Naturschutzbehörde kann

1. die Genehmigung unter Nebenbestimmungen zu Zeitpunkt und Ausführungsweise der beantragten Handlung erteilen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flächennaturdenkmals, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzwecks nach § 3 dieser Verordnung entgegenzuwirken oder
2. die Genehmigung versagen, wenn die beantragte Handlung mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht vereinbar ist.

Die Genehmigung ist zu erteilen, soweit die Handlung den Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht beeinträchtigt. Mit genehmigungspflichtigen Handlungen darf erst nach Bekanntgabe der Genehmigung begonnen werden, soweit diese keinen anderen Ausführungsbeginn bestimmt. Die Genehmigung wird durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt, wenn dieses Gestattungsverfahren unter Beteiligung der unteren Naturschutzbehörde mit den dafür bestimmten Beteiligungserfordernissen ergangen ist.

(4) Notwendige Sofortmaßnahmen der Gefahrenabwehr in Havarie- oder Gefahrensituationen im Flächennaturdenkmal sind der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich mit ihrem Bekanntwerden anzuzeigen. Die untere Naturschutzbehörde kann angemessene Maßnahmen zur Wiederherstellung anordnen, wenn diese auf Grund der Sofortmaßnahmen erforderlich sind. Hierzu gilt § 13 Absatz 6 Sätze 2 und 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes entsprechend.

## § 6

### **Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen**

(1) Die untere Naturschutzbehörde kann im Benehmen mit der unteren Forstbehörde, der unteren Wasserbehörde sowie dem zuständigen Unterhaltungslasträger zur Erreichung des Schutzzwecks die erforderlichen Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen festlegen.

(2) Die Maßnahmen nach Absatz 1 können von der unteren Naturschutzbehörde vertraglich geregelt oder angeordnet werden. Davon unberührt bleibt die Duldungspflicht

gemäß § 65 des Bundesnaturschutzgesetzes und § 13 Absatz 5 des Sächsischen Naturschutzgesetzes.

(3) Für die im Flächennaturdenkmal vorhandenen Schutzgüter sind im Managementplan vom November 2004 und dessen Fortschreibungen weitere Einzelheiten zu Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für das in § 2 Absatz 4 dieser Verordnung genannte Natura 2000-Gebiet „Bachtäler im Oberen Pleißegebiet (Teilfläche Nummer 2: Schönfelder-/Neumarker Bach)“ bestimmt.

## § 7

### **Befreiungen**

(1) Von den Ge- und Verboten nach dieser Verordnung kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag nach § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes eine Befreiung erteilen. Der Antrag hat in Textform zu erfolgen.

(2) Die Befreiung kann gemäß § 67 Absatz 3 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes mit Nebenbestimmungen versehen werden, wenn dadurch die Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung erreicht wird.

(3) Für eine Befreiung, die durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt wird, gilt § 39 des Sächsischen Naturschutzgesetzes.

## § 8

### **Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Handlungen vornimmt, die entgegen § 4 Absatz 1 Satz 1 dieser Verordnung zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder zu einer nachhaltigen Störung des Flächennaturdenkmals oder seiner Bestandteile führen können oder auf andere Weise dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, ohne dass eine zulässige Handlung der in § 5 dieser Verordnung festgelegten Art und Weise vorliegt oder eine Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung erteilt worden ist.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt insbesondere, wer in dem Flächennaturdenkmal, ohne dass eine zulässige Handlung in der in § 5 dieser Verordnung festgelegten Art und Weise vorliegt oder ohne Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung, vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 dieser Verordnung bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder Anlagen im Sinne des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes errichtet oder ändert oder gleichgestellte Maßnahmen, die keiner baurechtlichen oder wasserrechtlichen Genehmigung oder Anzeige bedürfen, durchführt;
2. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 dieser Verordnung Anlagen zur Energie- oder Wärmeerzeugung errichtet;
3. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 dieser Verordnung Straßen, Wege, Pfade, Steige, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anlegt, Leitungen ober- oder unterirdisch verlegt oder Anlagen aller genannten Arten verändert;
4. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 dieser Verordnung Handlungen vornimmt, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern, wie

- insbesondere der Abbau von Bodenbestandteilen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen sowie Auffüllungen oder Ablagerungen;
5. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 dieser Verordnung Abfälle oder sonstige Materialien, Stoffe, Pflanzenschutzmittel oder andere Chemikalien einbringt, anwendet, lagert oder ablagert;
  6. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 dieser Verordnung Flächen außerhalb von Wegen oder Furten betritt oder außerhalb von ausgewiesenen Reitwegen reitet;
  7. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 dieser Verordnung mit Fahrrädern, Skiern oder ähnlichen Fortbewegungsmitteln außerhalb von Wegen fährt;
  8. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8 dieser Verordnung mit gespannten Fahrzeugen oder mit motorgetriebenen Fahrzeugen aller Art fährt;
  9. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 9 dieser Verordnung unbemannte Fluggeräte, insbesondere Drohnen oder Flugmodelle, sowie Sport- und Freizeitluftfahrzeuge jeglicher Art startet, landet oder betreibt;
  10. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10 dieser Verordnung Geocaching durchführt;
  11. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 11 dieser Verordnung Hunde frei laufen oder im Gewässer baden lässt;
  12. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 12 dieser Verordnung dessen gebietsheimische Ufervegetation beseitigt, zerstört oder beschädigt;
  13. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 13 dieser Verordnung badet oder das Gewässer mit schwimmfähigen Gegenständen benutzt;
  14. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 14 dieser Verordnung Fische oder Fischnährtiere einsetzt, angelt oder keschert;
  15. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 15 dieser Verordnung das Gewässer als Viehtränke oder Wasserentnahmestelle nutzt, Entwässerungsmaßnahmen durchführt oder sonstige Veränderungen am Gewässer oder seinen Uferbereichen vornimmt;
  16. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 16 dieser Verordnung Tiere einbringt, wild lebende Tiere mutwillig beunruhigt oder ohne vernünftigen Grund fängt, verletzt oder tötet oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere entfernt, beschädigt oder zerstört;
  17. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 17 dieser Verordnung Licht- oder Lärmimmissionen, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen verursacht, die geeignet sind, Tiere zu beunruhigen oder den Naturgenuss zu beeinträchtigen;
  18. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 18 dieser Verordnung Pflanzen oder Pflanzenteile einbringt, entnimmt, beschädigt oder zerstört;
  19. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 19 dieser Verordnung Totholz entnimmt;
  20. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 20 dieser Verordnung Hiebsmaßnahmen vornimmt;
  21. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 21 dieser Verordnung Erholungseinrichtungen aller Art anlegt, zeltet, lagert, Wohnwagen, Wohnmobile, Verkaufsstände, Warenautomaten, Sitzgruppen aufstellt oder sonstige Fahrzeuge abstellt;
  22. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 22 dieser Verordnung Feuer entfacht oder unterhält, Feuerstellen errichtet oder unterhält oder Flächenverbrennungen durchführt;
  23. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 23 dieser Verordnung Plakate, Bild- oder Schrifttafeln, Markierungszeichen oder sonstige Werbeanlagen aufstellt oder an Objekten des Flächennaturdenkmals anbringt oder in anderer Art und Weise verändert;
  24. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 24 dieser Verordnung die zur Sichtbarmachung des Schutzgebietes aufgestellten amtlichen Kennzeichen entfernt, zerstört oder beschädigt;
  25. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 25 dieser Verordnung die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art ändert, die dem Schutzzweck zuwiderläuft.
- (3) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt auch, wer in dem Flächennaturdenkmal, ohne Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung, vorsätzlich oder fahrlässig:
1. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a dieser Verordnung Bäume mit Horsten oder Höhlen entfernt;
  2. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c dieser Verordnung keine standortheimischen oder standortgerechten Gehölze einbringt;
  3. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f dieser Verordnung Pflanzenschutzmittel, Mineraldünger, Jauche, Gülle oder Kalk in den Wald einbringt.
- (4) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig die in § 5 Absatz 1 dieser Verordnung beschriebenen Handlungen ohne Genehmigung oder ohne Anzeige oder von diesen abweichend durchführt.
- (5) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Entscheidung gemäß § 5 Absatz 2 dieser Verordnung, einer erteilten Genehmigung gemäß § 5 Absatz 3 dieser Verordnung oder einer erteilten Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung zuwiderhandelt.
- (6) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig Maßnahmen, die durch die untere Naturschutzbehörde gemäß § 6 dieser Verordnung festgelegt wurden, vereitelt, behindert oder auf sonstige Weise stört.
- (7) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 bis 6 kann gemäß § 49 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden. Das Höchstmaß verringert sich bei Fahrlässigkeit auf die Hälfte.
- (8) Für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit ist die untere Naturschutzbehörde zuständig.



**§ 9**  
**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Zwickau, den 22. August 2023

Landratsamt Zwickau  
Michaelis  
Landrat

**Verkündungshinweis:**

Gemäß § 20 Absatz 10 des Sächsischen Naturschutzgesetzes ist eine Verletzung der Vorschriften des § 20 Absatz 1 bis 6 und 9 des Sächsischen Naturschutzgesetzes unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Verkündung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Naturschutzbehörde – dem Landratsamt Zwickau, untere Naturschutzbehörde, in 08412 Werdau, Zum Sternplatz 7 – geltend gemacht wird.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Absatz 6 in Verbindung mit § 3 Absatz 5 der Sächsischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Verordnung

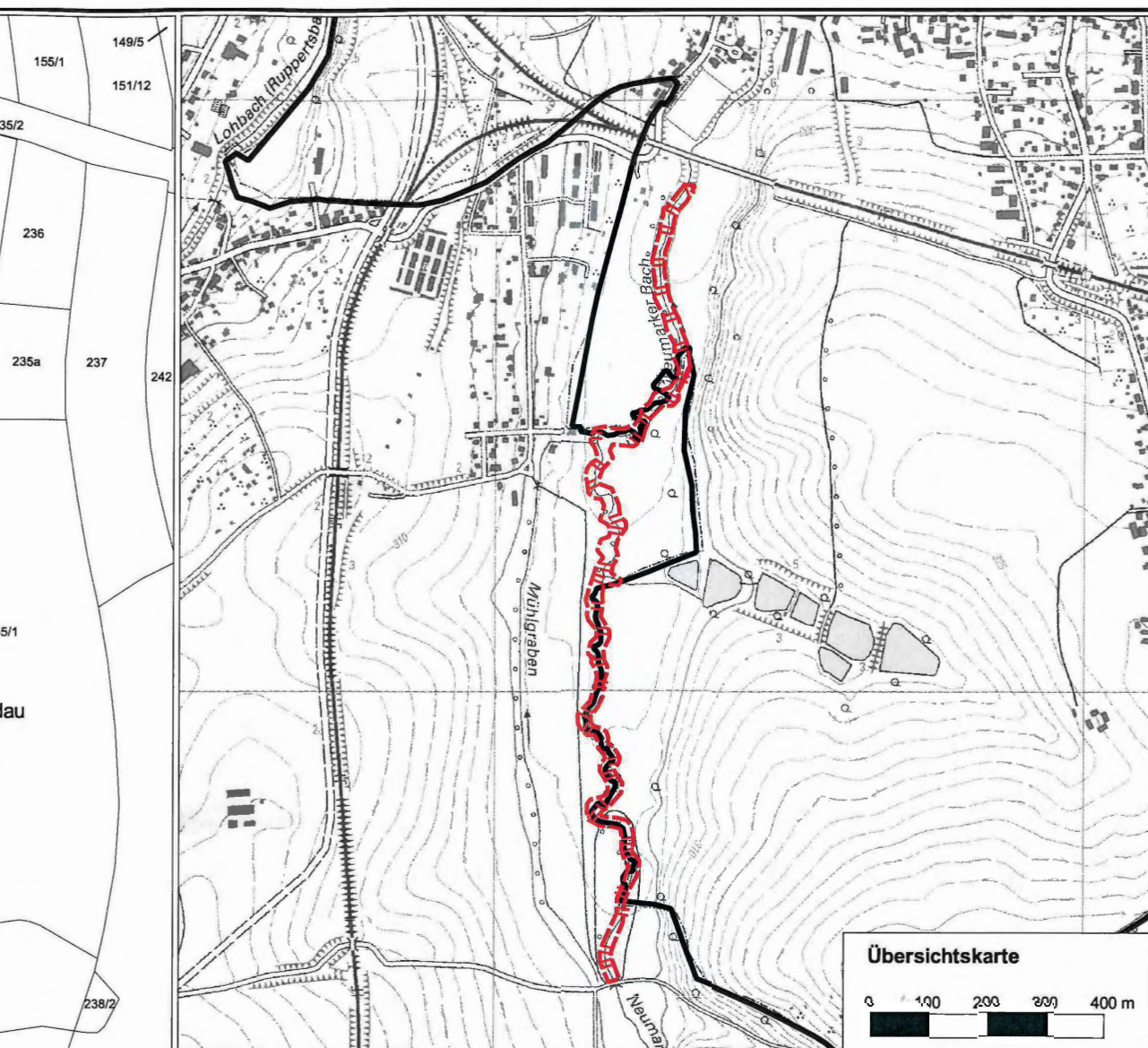
nach Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Es sei denn, dass

1. die Ausfertigung der Verordnung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Verkündung der Verordnung verletzt worden sind,
3. vor Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Landkreis Zwickau unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 3 Absatz 6 in Verbindung mit § 3 Absatz 5, Satz 2, Nummer 4, Buchstabe b der Sächsischen Landkreisordnung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung jedermann diese Verletzung geltend machen.





# **Kombinierte Flur- und Übersichtskarte des Landratsamtes Zwickau (Anlage 1) vom 22. August 2023**

**zur Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmales "Neumarker Bach"**

**vom 22. August 2023**

*Michaelis*  
**Michaelis**  
**Landrat**



- markierte Grenzlinie des Flächennaturdenkmales
- Verlauf auf der Flurstücksgrenze
- Verlauf außerhalb der Flurstücksgrenze
- Gemeindegrenze

## **Kartengrundlagen:**

Die Darstellung der Fachdaten erfolgt auf der Grundlage von Geobasisdaten des Staatsbetriebes Geobasisinformation und Vermessung Sachsen.

ALK-Daten/Flurkarte im Maßstab 1 : 5.000 und  
Topographische Karte/Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10.000

Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigungen nur mit Erlaubnis des Herausgebers. Als Vervielfältigungen gelten z. B. Fotokopie, Nachdruck, Mikroverfilmung, Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.



0 200 250 m

# **Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmals „Auwald am Neumarker Bach“**

**Vom 22. August 2023**

Auf Grund von § 22 Absatz 1 und 2, § 28 und § 3 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, und § 18, § 20, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 46 Absatz 1 Nummer 3 und § 48 Absatz 4 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird gemäß § 20 Absatz 4 in Verbindung mit § 32 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Jagdgesetzes vom 8. Juni 2012 (SächsGVBl. S. 308), das durch das Gesetz vom 31. Januar 2018 (SächsGVBl. S. 21) geändert worden ist, im Einvernehmen mit der unteren Jagdbehörde und gemäß § 30 Absatz 1 in Verbindung mit § 35 Absatz 1 Nummer 3 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, im Benehmen mit der unteren Forstbehörde durch das Landratsamt Zwickau verordnet:

## **§ 1**

### **Festsetzung als Flächennaturdenkmal**

(1) Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Großen Kreisstadt Werdau, Gemarkung Steinpleis und der Gemeinde Fraureuth, Gemarkung Ruppertsgrün, im Landkreis Zwickau wird als Flächennaturdenkmal festgesetzt.

(2) Das Flächennaturdenkmal führt die Bezeichnung „Auwald am Neumarker Bach“.

## **§ 2**

### **Schutzgegenstand**

(1) Das Flächennaturdenkmal hat eine Größe von circa 2,98 Hektar.

(2) Das Flächennaturdenkmal umfasst gemäß dem Stand der kombinierten Flur- und Übersichtskarte nach Absatz 6 (Anlage 1) auf dem Gebiet der Stadt Werdau, Gemarkung Steinpleis, Teile der Flurstücke 227a und 228/1 und auf dem Gebiet der Gemeinde Fraureuth, Gemarkung Ruppertsgrün, einen Teil des Flurstücks 178.

(3) Die Lage des Flächennaturdenkmals wird wie folgt grob beschrieben: Das Flächennaturdenkmal liegt in der Bachaue des Neumarker Baches südwestlich der Ortslage von Steinpleis und östlich der Ortslage von Ruppertsgrün. Die nördliche Grenze beginnt im Kreuzungsbereich zwischen dem Neumarker Bach, einem Waldpfad sowie dem Waldrand. Sie verläuft vom Bach bergauf im rechten Winkel zum Waldpfad in Richtung Osten bis zu einer Erstaufforstung. Diese ist nicht Bestandteil des Flächennaturdenkmals. Die östliche Grenze verläuft anfänglich zwischen Altbaumbestand und Erstaufforstung nach Süden. Mit dem Ende der Erstaufforstung folgt sie weiter dem Waldrand bis zur erneuten Kreuzung mit dem Waldpfad und den sieben Römertäl-

Teichen. Dabei werden die Römertäl-Teiche nicht vom Flächennaturdenkmal erfasst. Die südliche und die westliche Grenze werden vom Waldrand des Auwaldes bis zum Neumarker Bach gebildet. Anschließend folgt die westliche Grenze dem Ufer des Neumarker Baches. Dieser bildet mit den Ufersäumen ein eigenständiges Flächennaturdenkmal und ist daher nicht Bestandteil dieser Verordnung.

(4) Die Flächen des Flächennaturdenkmals sind Bestandteil des Gebietes gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) (ABl. L 206 vom 22. Juli 1992, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10. Juni 2013, S. 193) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, mit der Bezeichnung „Bachtäler im Oberen Pleißeland (Teilfläche Nr. 2: Schönfelser-/Neumarker Bach)“ (Fauna-Flora-Habitat-Gebiet, FFH-Gebiet mit der EU-Meldenummer 5140-301), bestimmt durch die Landesdirektion Chemnitz zur Bestimmung des Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung „Bachtäler im Oberen Pleißeland“ vom 31. Januar 2011 (SächsABl. Sdr. S. S 223) deren Vorschriften einschließlich deren Anlagen als Inhalt der Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Bestimmung von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung (Grundschutzverordnung Sachsen für FFH-Gebiete) vom 26. November 2012 (SächsABl. S. 1499) fortgelten. Das Flächennaturdenkmal ist damit Bestandteil des ökologischen Netzes „Natura 2000“. Die Bestimmungen der Grundschutzverordnung Sachsen für FFH-Gebiete bleiben unberührt.

(5) Das Flächennaturdenkmal ist Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes „Römertal“, festgesetzt durch Verordnung des Landkreises Zwickauer Land vom 02. Oktober 1996 (amtliche Bekanntmachung des Landkreises Zwickauer Land vom 21. November 1996). Die Bestimmungen der Verordnung des Landkreises Zwickauer Land zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Römertal“ bleiben unberührt.

(6) Die Grenzen des Flächennaturdenkmals sind in einer kombinierten Flur- und Übersichtskarte des Landratsamtes Zwickau vom 22. August 2023 in den Maßstäben 1 : 2.000 (Flurkarte) und 1 : 10.000 (Übersichtskarte) (Anlage 1) jeweils mit einer teils durchgezogenen und teils durchbrochenen Linie rot eingetragen. Beim Grenzeintrag mit durchzogener Linie verläuft die Grenze des Flächennaturdenkmals auf der Flurstücksgrenze. Beim Grenzeintrag mit durchbrochener Linie verläuft die Grenze des Flächennaturdenkmals nicht auf der Flurstücksgrenze. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Flurkarte (Anlage 1). Die kombinierte Flur- und Übersichtskarte (Anlage 1) ist Bestandteil der Verordnung.

## **§ 3**

### **Schutzzweck**

(1) Die Unterschutzstellung dient dem langfristigen Erhalt eines für die Naturlandschaft des Landkreises Zwickau



repräsentativen Auen- und Sumpfwaldes in der Bachau des Neumarker Baches.

(2) Die Unterschutzstellung erfolgt aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen und landeskundlichen Gründen, insbesondere zur

1. Erhaltung und nachhaltigen Sicherung eines naturnahen Erlen-Eschen-Auwaldes und eines angrenzenden, strukturreichen Birken-Stieleichenwaldes;
2. Dokumentation der natürlichen Waldentwicklung auf Auenstandorten.

(3) Die Unterschutzstellung erfolgt wegen der Seltenheit, Eigenart und Schönheit, insbesondere zur

1. Erhaltung und Entwicklung des urwüchsigen Waldbildes in der Bachau des Neumarker Baches;
2. Erhaltung des außergewöhnlichen Höhlenreichtums in den Altholzbeständen des Waldes;
3. Erhaltung des landschaftsästhetisch wertvollen Verbundes mit dem angrenzenden Neumarker Bach und seinem bachbegleitenden Galeriewald.

(4) Die Unterschutzstellung erfolgt zur Sicherung von Lebensgemeinschaften und Lebensstätten von im Bestand gefährdeten Tier- und Pflanzenarten, insbesondere zur Erhaltung vielfältiger Gehölzstrukturen für Höhlen-, Alt- und Totholzbewohner, wie Baumpieper (*Anthus trivialis*), Rosenkäfer (*Protaetia spec.*), Buchen-Kammkäfer (*Isorhipis melanosoides*) oder Kleiner Schillerfalter (*Apatura ilia*).

#### § 4 Verbote

(1) Alle Handlungen, die dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung zuwiderlaufen, indem sie zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Flächennaturdenkmals oder seiner Bestandteile oder zu einer nachteiligen Störung führen können, soweit in § 5 dieser Verordnung nichts Abweichendes bestimmt ist, sind verboten. In dem Flächennaturdenkmal ist insbesondere verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder Anlagen im Sinne des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder zu ändern oder gleichgestellte Maßnahmen, die keiner baurechtlichen oder wasserrechtlichen Genehmigung oder Anzeige bedürfen, durchzuführen;
2. Anlagen zur Energie- oder Wärmeerzeugung zu errichten;
3. Straßen, Wege, Pfade, Steige, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen ober- oder unterirdisch zu verlegen oder Anlagen aller genannten Arten zu verändern;
4. Handlungen vorzunehmen, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern, wie insbesondere der Abbau von Bodenbestandteilen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen sowie Auffüllungen oder Ablagerungen;
5. Abfälle oder sonstige Materialien, Stoffe, Pflanzenschutzmittel oder andere Chemikalien einzubringen, anzuwenden, zu lagern oder abzulagern;
6. das Betreten von Flächen außerhalb von Wegen;
7. Geocaching durchzuführen;

8. Hunde frei laufen zu lassen, soweit es sich nicht um Jagdhunde bei der ordnungsgemäßen Jagdausübung handelt;
9. Totholz zu entnehmen;
10. Tiere einzubringen, wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen oder ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;
11. Licht- oder Lärmimmissionen, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen, die geeignet sind, Tiere zu beunruhigen oder den Naturgenuss zu beeinträchtigen;
12. Pflanzen oder Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
13. Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen anzulegen;
14. Hiebsmaßnahmen vorzunehmen;
15. Erholungseinrichtungen aller Art anzulegen, zu zelten, zu lagern, Wohnwagen, Wohnmobile, Verkaufsstände, Warenautomaten, Sitzgruppen aufzustellen oder sonstige Fahrzeuge abzustellen;
16. mit Fahrrädern, Skiern oder ähnlichen Fortbewegungsmitteln außerhalb von Wegen zu fahren;
17. mit gespannten Fahrzeugen oder mit motorgetriebenen Fahrzeugen aller Art zu fahren;
18. unbemannte Fluggeräte, insbesondere Drohnen oder Flugmodelle, sowie Sport- und Freizeitluftfahrzeuge jeglicher Art zu starten, zu landen oder zu betreiben, soweit nicht die Voraussetzungen für gesetzlich bestimmte Ausnahmefälle vorliegen;
19. Entwässerungsmaßnahmen durchzuführen, Veränderungen an den Gewässern vorzunehmen oder andere Maßnahmen durchzuführen, die den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers verändern;
20. Feuer zu entfachen oder zu unterhalten, Feuerstellen zu errichten oder zu unterhalten oder Flächenverbrennungen durchzuführen;
21. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln, Markierungszeichen oder sonstige Werbeanlagen aufzustellen, an Objekten des Flächennaturdenkmals anzubringen oder diese in anderer Art und Weise zu verändern;
22. die zur Sichtbarmachung des Schutzgebietes aufgestellten amtlichen Kennzeichen zu entfernen, zu zerstören oder zu beschädigen;
23. die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art zu ändern, die dem Schutzzweck zuwiderläuft.

(2) Die gesetzlichen Verbote, insbesondere die Verbote des Bundesnaturschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, die Verbote des Sächsischen Naturschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, die Verbote des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils geltenden Fassung sowie die Verbote des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und des Wasserhaushaltsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, bleiben unberührt.

#### § 5 Zulässige Handlungen

(1) Der § 4 Absatz 1 dieser Verordnung gilt nicht für:

1. die ordnungsgemäße Forstwirtschaft, mit welcher der Schutzzweck gemäß § 3 dieser Verordnung und die Grundsätze des § 5 Absatz 2 des Sächsischen Naturschutzgesetzes in Verbindung mit den Vorschriften des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils

geltenden Fassung, im Flächennaturdenkmal eingehalten werden, mit der Maßgabe, dass:

- a) Bäume mit Horsten oder Höhlen nicht entfernt werden;
  - b) Hiebsmaßnahmen mit einer Fläche von mehr als 0,2 Hektar, die in ihrer Wirkung einem Kahlschlag gleichkommen, der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedürfen;
  - c) nur standortheimische oder standortgerechte Gehölze eingebracht werden;
  - d) die Verjüngung des Waldbestandes vorrangig über Naturverjüngung erfolgt;
  - e) das Anlegen neuer Waldwege zur Erschließung des Waldes der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedarf;
  - f) keine Pflanzenschutzmittel, Mineraldünger, Jauche, Gülle oder Kalk in den Wald eingebracht werden;
  - g) bei Feststellung biologischer Schadereignisse dies der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich zu melden ist und die notwendigen Maßnahmen innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Meldung mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und Regelungen festzulegen sind.
2. die ordnungsgemäße, rechtlich zulässige und dem Schutzzweck untergeordnete Ausübung der Jagd unter Einhaltung der Vorschriften des Bundesjagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 291 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Sächsischen Jagdgesetz, in der jeweils geltenden Fassung, mit der Maßgabe, dass das Anlegen von Wildäckern der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedarf. Der § 26 Absatz 2 des Sächsischen Jagdgesetzes bleibt unberührt;
3. die Unterhaltung oder Instandsetzung der vorhandenen Anlagen und Leitungen in ihrer bisherigen Art und in ihrem bisherigen Umfang, mit der Maßgabe, dass diese der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 anzuzeigen sind;
4. die sonstige bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung und Unterhaltung der Grundstücke und Wege sowie der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang mit der Maßgabe, dass das Anlegen von Lehrpfaden oder das Aufstellen von Informationstafeln der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedarf;
5. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Flächennaturdenkmals durch die untere Naturschutzbehörde oder die von dieser Behörde beauftragten Dritten angeordneten Überwachungs-, Schutz-, Biotopgestaltungs- und Biotoppflegemaßnahmen;
6. Beobachtungen und Untersuchungen zu wissenschaftlichen Zwecken sowie Monitoring mit der Maßgabe, dass diese
- a) im Auftrag der unteren Naturschutzbehörde durchgeführt werden oder
  - b) der Anzeige bei der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 bedürfen, wenn sie von oder im Auftrag anderer Behörden durchgeführt werden oder
  - c) der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 3 bedürfen;
7. Vermessungsarbeiten nach dem Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), das zuletzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung

mit der Maßgabe, dass diese der unteren Naturschutzbehörde gemäß Absatz 2 in Textform anzuzeigen sind;

8. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

(2) Handlungen nach Absatz 1 Nummer 3, Nummer 6 Buchstabe b und Nummer 7 dieser Verordnung sind mindestens einen Monat vor dem geplanten Durchführungsbeginn bei der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen. Die Anzeige hat Angaben zur handelnden Person, zum Grundstückseigentümer, zum Durchführungszeitraum und zur geplanten Handlung zu enthalten. Ist die Anzeige unvollständig oder sind für die Beurteilung der angezeigten Handlung weitere Angaben oder Unterlagen notwendig, fordert die untere Naturschutzbehörde den Anzeigenden auf, innerhalb einer angemessenen Frist, die fehlenden Angaben zu machen oder die fehlenden Unterlagen vorzulegen. Wird der Aufforderung der unteren Naturschutzbehörde nicht innerhalb dieser Frist nachgekommen, gilt die Anzeige als nicht gestellt, mit der Folge, dass die geplante Handlung nicht vorgenommen werden darf. Die untere Naturschutzbehörde kann

1. Entscheidungen zur Regelung zu Zeitpunkt und Ausführungsweise der geplanten Handlung treffen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flächennaturdenkmals, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzwecks nach § 3 dieser Verordnung entgegenzuwirken oder
2. die geplante Handlung untersagen, wenn sie mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht vereinbar ist.

Eine Handlung gilt in der angezeigten Art und im angezeigten Umfang als zugelassen, wenn die untere Naturschutzbehörde nicht innerhalb der Frist von einem Monat nach Zugang der vollständigen Anzeige Maßnahmen angeordnet oder die Handlung untersagt hat.

(3) Die Genehmigung für Handlungen nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und e, Nummer 2, Nummer 4 und Nummer 6 Buchstabe c dieser Verordnung ist mindestens einen Monat vor dem geplanten Durchführungsbeginn bei der unteren Naturschutzbehörde in Textform zu beantragen. Der Antrag auf Genehmigung hat Angaben zum Antragsteller, dem Grundstückseigentümer sowie eine Beschreibung der Maßnahme einschließlich des Durchführungszeitraumes zu enthalten und es sind die für die Beurteilung des Antrages erforderlichen Unterlagen einzureichen. Ist der Antrag unvollständig oder reichen die Angaben und Unterlagen für die Prüfung der Genehmigung nicht aus, hat der Antragsteller auf Verlangen der unteren Naturschutzbehörde innerhalb der gesetzten angemessenen Frist seinen Antrag zu ergänzen. Wird der Antrag nicht fristgemäß im geforderten Umfang ergänzt, gilt der Antrag auf Genehmigung als nicht gestellt, mit der Folge, dass die beantragte Handlung nicht durchgeführt werden darf. Die untere Naturschutzbehörde kann

1. die Genehmigung unter Nebenbestimmungen zu Zeitpunkt und Ausführungsweise der beantragten Handlung erteilen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flächennaturdenkmals, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzwecks nach § 3 dieser Verordnung entgegenzuwirken oder
2. die Genehmigung versagen, wenn die beantragte Handlung mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht vereinbar ist.

Die Genehmigung ist zu erteilen, soweit die Handlung den Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung nicht beeinträchtigt. Mit genehmigungspflichtigen Handlungen darf erst nach Bekanntgabe der Genehmigung begonnen werden, soweit diese keinen anderen Ausführungsbeginn bestimmt. Die Genehmigung wird durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt, wenn dieses Gestattungsverfahren unter Beteiligung der unteren Natur-

schutzbehörde mit den dafür bestimmten Beteiligungserfordernissen ergangen ist.

(4) Notwendige Sofortmaßnahmen der Gefahrenabwehr in Havarie- oder Gefahrensituationen im Flächennaturdenkmal sind der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich mit ihrem Bekanntwerden anzuzeigen. Die untere Naturschutzbehörde kann angemessene Maßnahmen zur Wiederherstellung anordnen, wenn diese auf Grund der Sofortmaßnahmen erforderlich sind. Hierzu gilt § 13 Absatz 6 Sätze 2 und 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes entsprechend.

## **§ 6 Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen**

(1) Die untere Naturschutzbehörde kann im Benehmen mit der unteren Forstbehörde zur Erreichung des Schutzzwecks die erforderlichen Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen festlegen.

(2) Die Maßnahmen nach Absatz 1 können von der unteren Naturschutzbehörde vertraglich geregelt oder angeordnet werden. Davon unberührt bleibt die Duldungspflicht gemäß § 65 des Bundesnaturschutzgesetzes und § 13 Absatz 5 des Sächsischen Naturschutzgesetzes.

(3) Für die im Flächennaturdenkmal vorhandenen Schutzgüter sind im Managementplan vom November 2004 und dessen Fortschreibungen weitere Einzelheiten zu Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für das in § 2 Absatz 4 dieser Verordnung genannte Natura 2000-Gebiet „Bachtäler im Oberen Pleißeland (Teilfläche Nr. 2: Schönfelser-/Neumarker Bach)“ bestimmt.

## **§ 7 Befreiungen**

(1) Von den Ge- und Verboten nach dieser Verordnung kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag nach § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes eine Befreiung erteilen. Der Antrag hat in Textform zu erfolgen.

(2) Die Befreiung kann gemäß § 67 Absatz 3 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes mit Nebenbestimmungen versehen werden, wenn dadurch die Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck nach § 3 dieser Verordnung erreicht wird.

(3) Für eine Befreiung, die durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt wird, gilt § 39 des Sächsischen Naturschutzgesetzes.

## **§ 8 Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Handlungen vornimmt, die entgegen § 4 Absatz 1 Satz 1 dieser Verordnung zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder zu einer nachhaltigen Störung des Flächennaturdenkmals oder seiner Bestandteile führen können oder auf andere Weise dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, ohne dass eine zulässige Handlung der in § 5 dieser Verordnung festgelegten Art und Weise vorliegt oder eine Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung erteilt worden ist.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt insbesondere, wer in dem Flächennaturdenkmal, ohne dass eine zulässige Handlung in der in § 5 dieser Verordnung festgelegten Art und Weise vorliegt oder ohne Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung, vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 dieser Verordnung bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder Anlagen im Sinne des § 36 Sächsischen Wassergesetzes errichtet oder ändert oder gleichgestellte Maßnahmen, die keiner baurechtlichen oder wasserrechtlichen Genehmigung oder Anzeige bedürfen, durchführt;
2. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 dieser Verordnung Anlagen zur Energie- oder Wärmeerzeugung errichtet;
3. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 dieser Verordnung Straßen, Wege, Pfade, Steige, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anlegt, Leitungen ober- oder unterirdisch verlegt oder Anlagen aller genannten Arten verändert;
4. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 dieser Verordnung Handlungen vornimmt, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern, wie insbesondere der Abbau von Bodenbestandteilen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen sowie Auffüllungen oder Ablagerungen;
5. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 dieser Verordnung Abfälle oder sonstige Materialien, Stoffe, Pflanzenschutzmittel oder andere Chemikalien einbringt, anwendet, lagert oder ablagert;
6. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 dieser Verordnung Flächen außerhalb von Wegen betritt;
7. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 dieser Verordnung Geocaching durchführt;
8. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8 dieser Verordnung Hunde frei laufen lässt;
9. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 9 dieser Verordnung Totholz entnimmt;
10. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10 dieser Verordnung Tiere einbringt, wild lebende Tiere mutwillig beunruhigt oder ohne vernünftigen Grund fängt, verletzt oder tötet oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere entfernt, beschädigt oder zerstört;
11. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 11 dieser Verordnung Licht- oder Lärmimmissionen, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen verursacht, die geeignet sind, Tiere zu beunruhigen oder den Naturgenuss zu beeinträchtigen;
12. entgegen § 4 Absatz 1 Absatz 2 Nummer 12 dieser Verordnung Pflanzen oder Pflanzenteile einbringt, entnimmt, beschädigt oder zerstört;
13. entgegen § 4 Absatz 1 Absatz 2 Nummer 13 dieser Verordnung Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen anlegt;
14. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 14 dieser Verordnung Hiebmaßnahmen vornimmt;
15. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 15 dieser Verordnung Erholungseinrichtungen aller Art anlegt, zeltet, lagert, Wohnwagen, Wohnmobile, Verkaufsstände, Warenautomaten, Sitzgruppen aufstellt oder sonstige Fahrzeuge abstellt;
16. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 16 dieser Verordnung mit Fahrrädern, Skiern oder ähnlichen Fortbewegungsmitteln außerhalb von Wegen fährt;
17. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 17 dieser Verordnung mit bespannten Fahrzeugen oder mit motorgetriebenen Fahrzeugen aller Art fährt;

18. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 18 dieser Verordnung unbemannte Fluggeräte, insbesondere Drohnen oder Flugmodelle, sowie Sport- und Freizeitluftfahrzeuge jeglicher Art, startet, landet oder betreibt;
19. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 19 dieser Verordnung Entwässerungsmaßnahmen durchführt, Veränderungen an den Gewässern vornimmt oder andere Maßnahmen durchführt, die den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers verändern;
20. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 20 dieser Verordnung Feuer entfacht oder unterhält, Feuerstellen errichtet oder unterhält oder Flächenverbrennungen durchführt;
21. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 21 dieser Verordnung Plakate, Bild- oder Schrifftafeln, Markierungszeichen oder sonstige Werbeanlagen aufstellt, an Objekten des Flächennaturdenkmals anbringt oder in anderer Art und Weise verändert;
22. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 22 dieser Verordnung die zur Sichtbarmachung des Schutzgebietes aufgestellten amtlichen Kennzeichen entfernt, zerstört oder beschädigt;
23. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 23 dieser Verordnung die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art ändert, die dem Schutzzweck zuwiderläuft.

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt auch, wer in dem Flächennaturdenkmal, ohne Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung, vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a dieser Verordnung Bäume mit Horsten oder Höhlen entfernt;
2. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c dieser Verordnung keine standortheimischen oder standortgerechten Gehölze einbringt;
3. entgegen § 5 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe f dieser Verordnung Pflanzenschutzmittel, Mineraldünger, Jauche, Gülle oder Kalk in den Wald einbringt.

(4) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt,

wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig die in § 5 Absatz 1 dieser Verordnung beschriebenen Handlungen ohne Genehmigung oder ohne Anzeige oder von diesen abweichend durchführt.

(5) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Entscheidung gemäß § 5 Absatz 2 dieser Verordnung, einer erteilten Genehmigung gemäß § 5 Absatz 3 dieser Verordnung oder einer erteilten Befreiung gemäß § 7 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

(6) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Absatz 8 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Flächennaturdenkmal vorsätzlich oder fahrlässig Maßnahmen, die durch die untere Naturschutzbehörde gemäß § 6 dieser Verordnung festgelegt wurden, vereitelt, behindert oder auf sonstige Weise stört.

(7) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 bis 6 kann gemäß § 49 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden. Das Höchstmaß verringert sich bei Fahrlässigkeit auf die Hälfte.

(8) Für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit ist die untere Naturschutzbehörde zuständig.

## § 9

### Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt der Beschluss Nummer 951/83 des Rates des Kreises Werdau vom 20. Oktober 1983 (Kreis-Naturschutzliste) zur Unterschutzstellung des Flächennaturdenkmals „Römertal mit Teichen“ laufende Nummer 71 außer Kraft.

Zwickau, den 22. August 2023

Landratsamt Zwickau  
Michaelis  
Landrat



**Verkündungshinweis:**

Gemäß § 20 Absatz 10 des Sächsischen Naturschutzgesetzes ist eine Verletzung der Vorschriften des § 20 Absatz 1 bis 6 und 9 des Sächsischen Naturschutzgesetzes unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Verkündung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Naturschutzbehörde – dem Landratsamt Zwickau, untere Naturschutzbehörde, in 08412 Werdau, Zum Sternplatz 7 – geltend gemacht wird.

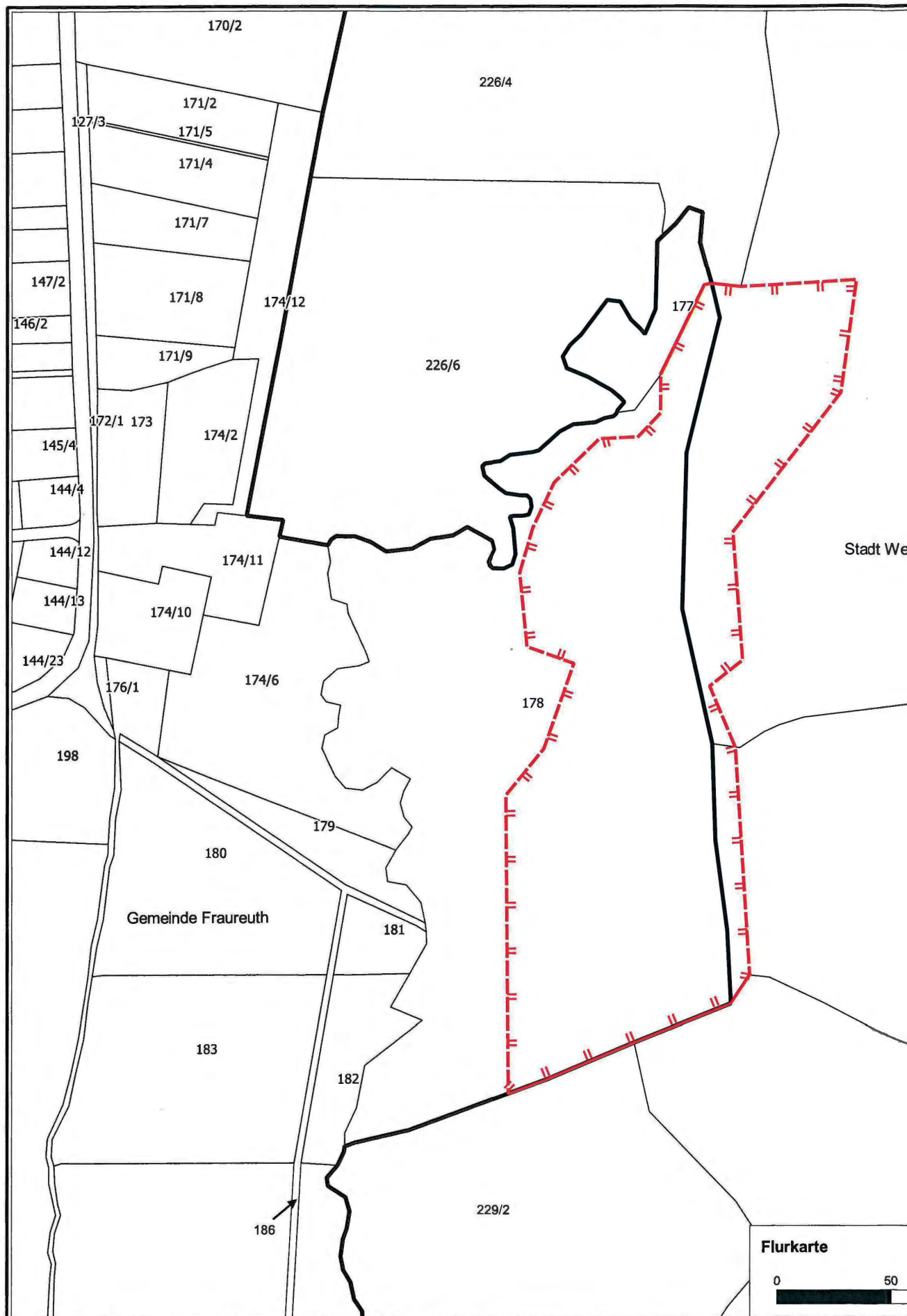
Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Absatz 6 in Verbindung mit § 3 Absatz 5 der Sächsischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Verordnung

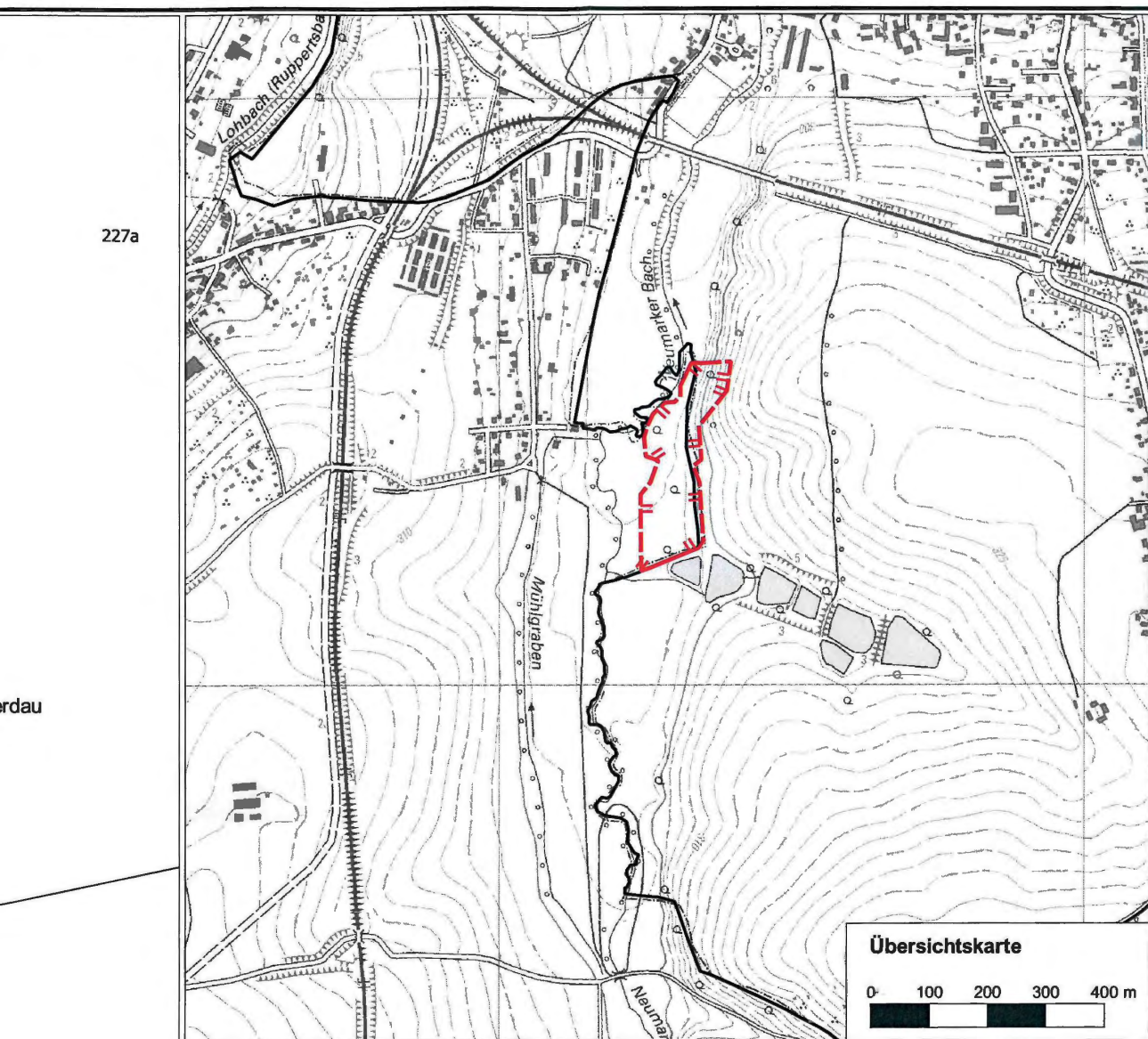
nach Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Es sei denn, dass

1. die Ausfertigung der Verordnung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Verkündung der Verordnung verletzt worden sind,
3. vor Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Landkreis Zwickau unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 3 Absatz 6 in Verbindung mit § 3 Absatz 5, Satz 2, Nummer 4, Buchstabe b der Sächsischen Landkreisordnung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf eines Jahres nach dieser Verkündung jedermann diese Verletzung geltend machen.





**Kombinierte Flur- und Übersichtskarte des Landratsamtes Zwickau (Anlage 1)  
vom 22. August 2023**

**zur Verordnung des Landratsamtes Zwickau zur Festsetzung des Flächennaturdenkmales "Auwald am Neumarker Bach"**

**vom 22. August 2023**

*Michaelis*  
**Michaelis**  
Landrat



- markierte Grenzlinie des Flächennaturdenkmales
- Verlauf auf der Flurstücksgrenze
- Verlauf außerhalb der Flurstücksgrenze
- Gemeindegrenze

**Kartengrundlagen:**

Die Darstellung der Fachdaten erfolgt auf der Grundlage von Geobasisdaten des Staatsbetriebes Geobasisinformation und Vermessung Sachsen.

ALK-Daten/Flurkarte im Maßstab 1 : 2.000 und  
Topographische Karte/Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10.000

Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigungen nur mit Erlaubnis des Herausgebers. Als Vervielfältigungen gelten z. B. Fotokopie, Nachdruck, Mikroverfilmung, Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.



100 m

# **Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Oberlausitzer Bergland“**

**Vom 8. September 2023**

Aufgrund von § 20 Absatz 2 Nummer 4, § 26 und § 22 Absatz 2 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie §§ 13 und 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Absatz 1, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und § 46 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes wird durch das Landratsamt Bautzen verordnet:

## **§ 1**

### **Erklärung zum Ausgliederungsgebiet**

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der  
Gemeinde/Stadt: Kubschütz  
Gemarkung: Blösa  
Landkreis: Bautzen  
werden aus dem LSG „Oberlausitzer Bergland“ ausgegliedert.

## **§ 2**

### **Ausgliederungsgegenstand**

(1) Das Ausgliederungsgebiet hat eine Größe von insgesamt circa 0,47 ha. Es umfasst nach dem Stand vom 8. September 2023 auf dem Gebiet der Gemeinde Kubschütz, Gemarkung Blösa, Landkreis Bautzen teilweise das Flurstück 24/3.

(2) Das Ausgliederungsgebiet ist in einer Liegenschaftskarte des Landratsamtes Bautzen vom 30. März 2023 im Maßstab 1 : 1 000 und einer Übersichtskarte vom 30. März 2023 im Maßstab 1 : 10 000 grün umgrenzt eingetragen. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Flurkarte. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Karten wird beim Landratsamt Bautzen, Verwaltungsstandort Kamenz, Macherstraße 55, 01917 Kamenz zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

## **§ 3**

### **Inkrafttreten**

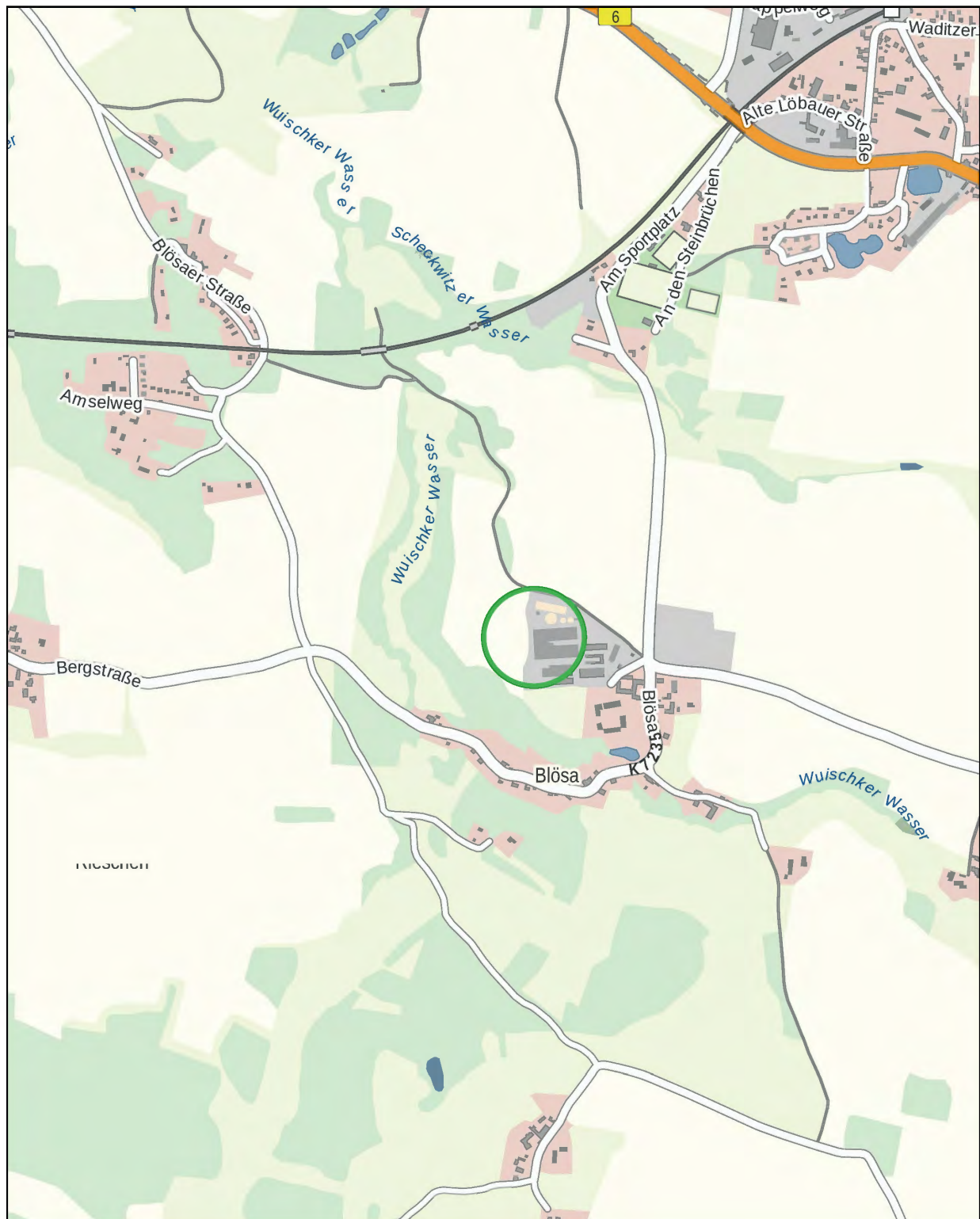
Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Kamenz, den 8. September 2023

Landratsamt Bautzen  
Dr. Reinisch  
Beigeordnete








Übersichtskarte zur Ausgliederung aus dem LSG Oberlausitzer Bergland  
Bebauungsplan Photovoltaik Blösa II

### Legende

 Lage der  
Ausgliederungsfläche

Maßstab: 1 : 10 000  
Bearbeitungsstand: 30.03.2023

Herausgeber:  
Landratsamt Bautzen  
Umwelt- und Forstamt

**bautzen**  
Landkreis

Kartengrundlage: Web-Atlas SN © GeoBasisDE/BKG 2023  
Quelle: GeoSN, di-de/by-2.0  
Änderungen und thematische Ergänzungen durch den  
Herausgeber.  
Jede weitere Vervielfältigung bedarf der Erlaubnis des  
Herausgebers.

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485 26 0  
Telefax: 0351 485 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

21. September 2023

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 87,64 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 21,35 Euro Postversand) bzw. 61,83 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73796, PVSt +4, **Deutsche Post** 